

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wilhelmsstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Tanz auf dem Vulkan.

I. Die Hütte Ruhrort-Weidrich der Vereinigten Stahlwerke soll zum 21. Februar stillgelegt werden, wenn sich die Arbeiter nicht mit einem zwanzigprozentigen Lohnabbau einverstanden erklären. Wenn sie das tun, garantiert die Hütte die Weiterbeschäftigung von 4500 Arbeitern, die Feierlichkeiten sollen dabei 10 Prozent nicht übersteigen. Wie Dr. Boensgen in den Verhandlungen ausführte, läge dann der Arbeitslohn immer noch um 50 M. im Monat höher, als die Arbeitslosenunterstützung betrage! Oberbürgermeister Sarres erklärte bei den Verhandlungen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes um 20 bis 25 Prozent zu hoch liege!

II. Die Friedrich-Krupp-A.G. weist in ihrem Bericht für 1929 einen Verlust von 4,5 Millionen Mark aus.

III. Im Haushaltsausschuß des Reichstages begründete Ernährungsmiester Schiele sein Programm für die Zukunft. Er sieht neben einem Zehnjahresplan für die Umstellung der deutschen Agrarproduktion eine schroffe Fortsetzung der bisherigen Zollpolitik vor.

IV. Die Deutsche Volkspartei besteht darauf, daß im neuen Reichsetat noch 300 Millionen Mark, vornehmlich bei der Sozialfürsorge, gestrichen werden.

V. Die sächsischen Industriellen haben kürzlich eine große Kundgebung veranstaltet, wo über die spezielle Not der sächsischen Wirtschaft viel geredet wurde. Es kann nicht bezweifelt werden, daß sich gerade Sachsen in einer außergewöhnlichen Krise befindet. Sachsen gehört zu den bedeutendsten Industriezentren in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist hier doppelt so hoch wie im Reichsdurchschnitt. Ungefähr 3000 Industrielle waren in Chemnitz versammelt, außerdem der hohe und höchste Herrschaften, darunter auch Reichstagsabgeordneter Brüning, der zu einer ausführlichen Rede das Wort nahm. Aus dieser Rede ist eine Bemerkung über die Arbeitslosenversicherung beachtenswert. Danach soll die Arbeitslosenversicherung wieder einmal „reformiert“ werden, wozu bereits ein Ausschuß eingesetzt sei. Man kann sich ungefähr vorstellen, nach welcher Richtung diese „Reform“ gehen soll. Ueber der Versammlung lag eine äußerst nervöse Stimmung, die sich in Zwischenrufen auslud. Der Hauptredner des Tages, Dr. Klien, Ministerialdirektor im sächsischen Wirtschaftsministerium, schilderte die Not der sächsischen Wirtschaft. Nach dem Berichterstatter des „Vorwärts“ begab sich dabei folgendes: Der Redner beklagte, daß die Industriellenhöfe nicht mehr so bescheiden lebten wie ihre Väter. Sie entfalteten im Gegensatz zu früheren Generationen einen Luxus, der sich nach außen und innen schädlich auswirke. Das Ausland, das diesen Luxus sehe, würde sich nicht zu einer Herabsetzung der Tribulkosten bereifinden, und im Innern sei es unmöglich, den Abbau der sozialen Lasten zu fördern, solange nicht der Luxus abgebaut würde.

Hier brach die Versammlung in laute Protestrufe aus, die sich zu einem Sturm steigerten, als Dr. Klien der Versammlung zurief: „Wer nicht geschunden wird, wird nicht erzogen!“ Ein kräftiges „Pfu!“ war die Antwort.

Wahrlich, wir tanzen auf einem Vulkan! Kein Plan, kein Sinn und Verstand in Wirtschaftsführung und Politik! Zugegeben, der Eisenindustriehing ist im letzten halben Jahr nicht gut. Aber die Vereinigten Stahlwerke wollen, wie man hört, auch für das letzte Jahr noch 6 Prozent Dividende verteilen, da diese „für die Majoritätsbesitzer dieses Konzerns geradezu eine Lebensfrage sei“. Die Vereinigten Stahlwerke haben aber in den letzten vier Jahren über 178 Millionen Mark Reingewinn ausgewiesen!

Selbst ein Blatt wie die „Boschische Zeitung“ sagt zu den Dividendenerwägungen: „Solche Erwägungen zur gleichen Zeit anzustellen, in der man eine wirtschaftlich unerträgliche Lohn- und Arbeitszeitverkürzung als Grundforderung der Not aufstellt, widerspricht jeder Vernunft.“

Dividendenverzicht, Kapitalzusammenlegung, Abschreibung à fonds perdu beträchtlicher überhöhter Kapitalanteile: das ist die Forderung, die vernünftige bürgerliche Wirtschaftler erheben, deren Durchführung das wesentlichste Mittel zur Wirtschaftsgesundung wäre. Statt dessen 20 Prozent Lohnabbau und der Trost, daß der Mann am Hochofen und an der Walzenstraße dann immer noch 2 Mark je Tag mehr verdiene, als der Arbeitslose! Berrückt!

Und dann Krupp! Heute liegen uns über den Abschluß nur Pressemitteilungen vor. Nach Vorliegen des Geschäftsberichts werden wir darauf zurückkommen.

Die Kruppischen Mitteilungen müssen von vornherein anders gewertet werden als die anderer Gesellschaften. Ein solcher Familienbesitz hat in seiner Dividendenpolitik keine Rücksicht zu nehmen auf fremde Aktionäre.

Von 1926 bis 1929 hatte Krupp 31 Millionen Mark Reingewinn bei 44 Millionen Mark Abschreibungen ausgewiesen.

Dem vorläufigen Bericht glauben wir nicht. Die Belegschaft wurde im Berichtsjahre von 68 062 auf 57 541 abgebaut.

Die Produktion blieb fast die gleiche! So betragen (in Millionen Tonnen):

	1928-29	1929-30
Kohlenförderung	8,0	7,8
Koksproduktion	2,5	2,43
Erzförderung	0,74	0,70
Roheisenproduktion	1,29	1,30
Rohstahlproduktion	1,58	1,36
Walzwerksproduktion	1,15	1,02

Abschreibungen sind mit 16,2 Millionen Anlagen mit über 17 Mill. M. ausgewiesen. Fast 4 Mill. M. Aufwertungsansprüche sind zurückgezahlt, 6 Mill. M. sind für die Pensionskasse zurückgestellt. Vorräte sind trotz großer Lagerbestände um

4 Mill. M. niedriger angelegt. Kapitalbildung und Selbstfinanzierung waren also bei Krupp noch nicht überbrannt! Wir sind überzeugt, daß Krupp den errechneten Verlust sehr gut tragen kann, ohne daß er noch schlimmere Rückwirkung auf seine Arbeiterschaft zu haben braucht.

Lohnabbau, verrückte Zollpolitik, Abbau der Sozialfürsorge! Kann das so weiter gehen? Bei dem Luxusleben vieler Leute, wie das die Rotiz unter V zeigt?

Unvernünftige Wirtschaftspolitik hat einen Vulkan geschaffen, dessen Explosion Unheil über unser Volk bringen muß, gegen das alle bisherige Not ein Kinderspiel wäre. Dürfen wir hoffen, daß noch soviel Vernunft vorhanden ist, diese Katastrophe abzubiegen?

Neuwahlen der Betriebsvertretungen!

Einem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir:

Nach einer Vereinbarung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsratsneuwahlen für den Bergbau in der Zeit

vom 24. bis 26. März 1931

statt. Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue, außerordentlich schwierige Situation gestellt. Als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir, wie in anderen Industriestaaten, auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzweiflung, die infolgedessen große Schichten von Arbeitern und Angestellten erfaßt hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechts eingetreten.

Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird die Existenz der Arbeiter und Angestellten durch Aussetzung, Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen ununterbrochen erschüttert. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen: die **Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken!** Wiederum ist daher wie bereits im Jahre 1930 für die Betriebsratsneuwahlen 1931 die Parole: **Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!**

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB und des AFV-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten

müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem AFV-Bund angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheidend sein. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AFV-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB oder dem AFV-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen! Tretet erneut geschlossen in die Schranken zum Kampf gegen alle Feinde der Gewerkschaften. Klärt die irreführten Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen auf. Nichts ist gefährlicher, als in schwierigen Zeiten der Verzweiflung anheimzufallen. Die Betriebsratsneuwahlen 1931 müssen ein machtvolleres Zeichen dafür werden, daß auch in den schwierigsten Lagen die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kerntruppen einig und geschlossen bleibt.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen! Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden!

Auf zu den Betriebsratswahlen 1931!
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

RGD., GVB. und Zellenbau als politische Kampfmittel der KPD.

Schon bei dem Streikputsch im Ruhrgebiet und in Oberschlesien ließ die KPD keinen Zweifel darüber, daß es ihr in der Hauptsache um den Streik als politisches Kampfmittel ging. Eine neue, seitenlange Proklamation des Zentralkomitees der KPD, die sich mit Weltkrise, Faschismus und Parteiarbeit beschäftigt, enthält einen Passus über kommunistische Gewerkschaftsarbeit, den wir nachstehend wiedergeben, weil es für unsere Kameraden nützlich und notwendig ist, über die Absichten dieser Gewerkschaftsspalter im Bilde zu sein. Da lesen wir:

„Als wichtigste und zentrale Tagesaufgabe steht die **Stärkung und Ausbreitung der RGD.**“

Die Wirtschaftskämpfe müssen besser vorbereitet, besser ausgelöst, besser durchgeführt werden. Jede Vernachlässigung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front wird ein schweres Hemmnis für die erfolgreiche Führung der Wirtschaftskämpfe. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewinnt in steigendem Maße die Bedeutung eines Haupthebels zur revolutionären Erfassung und Organisierung der proletarischen Massen, zur Isolierung der sozialdemokratischen Führer und zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Zu diesem Zweck ist die Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften unbedingt weiterhin notwendig. Der Weg der Herausbildung selbständiger Gewerkschaften als Massenorganisationen, der mit der Gründung des Einheitsverbandes der Berliner Metallarbeiter und des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands eingeschlagen wurde, muß unter genauer Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse mit unbeeinträchtigt weiter bestritten werden. Der Ausbau starker, arbeitsfähiger kommunistischer Fraktionen innerhalb der selbständigen roten Verbände, die ständige Zusammenfassung und Aktivierung der Kommunisten innerhalb dieser Verbände in enger Verbindung mit den Massen der Arbeiterschaft wird ein unentbehrliches Instrument zur Sicherung der Klassenlinie der RGD. Die Beispiele anderer Länder zeigen,

daß revolutionäre Gewerkschaften ohne feste kommunistische Fraktionen sehr schnell den Gefahren des Opportunismus oder feilkerischer Entartung ausgesetzt werden. Angesichts der wachsenden Revolutionierung der Massen und des zunehmenden Kampfwillens gegen die Unternehmeroffensive, angesichts der Abkehr der Arbeiterschaft von den sozialfaschistischen und christlichen Beratern eröffnen sich neue riesenhafte Entwicklungsmöglichkeiten für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die als führende Kraft in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen einen neuen mächtigen Zustrom, sowohl aus den Reihen der organisierten als der unorganisierten Arbeitermassen, erhalten wird. Die RGD darf keineswegs zu einer bloßen Lohn- und Tariforganisation werden, auch nicht sich syndikalistisch auf isolierte Betriebsgruppen beschränken. Sie muß den Kampf gegen alle Formen des Lohnraubes (direkter Lohnabbau, indirekter Lohnabbau durch Leistungssteigerung und Preishochhaltung, Herabsetzung des Einkommens der Arbeiterklasse durch Erwerbslosigkeit, Senkung des Reallohnes durch Abbau der Sozialversicherung) führen. Besondere Aufmerksamkeit muß die RGD der Erwerbslosenbewegung und den Fragen der Kurzarbeit widmen und alle Kräfte für den Internationalen Kampftag am 25. Februar einsetzen.

Die Betriebsratswahlen, die in diesem Jahre noch stärker als je zuvor politische Wahlen sind, erfordern die stärkste Aktivität der RGD bei der Mobilisierung der Belegschaften, bei der Herausarbeitung und Erkämpfung betrieblicher Forderungen und der Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Kampfe.

Von besonderer Bedeutung ist die Gewinnung von Massen der notleidenden Angestellten und Landarbeiter sowie die Ueberwindung der schweren Mängel, die bisher bei der Arbeit unter diesen Schichten bestehen.

Das entscheidende Problem für die weitere Entwicklung der RGD ist die Hebung des politischen Niveaus ihrer Arbeit. Sie

müß zu allen großen politischen Fragen Stellung nehmen. Ihre Aufgabe ist die aktivste, führende und organisierende Anteilnahme am Massenkampf gegen die faschistische Diktatur, an der Organisierung der Volksrevolution.

Neues enthalten diese Richtlinien nicht. Sie unterstreichen scharf den rein politischen, kommunistischen Charakter der „revolutionären“ Gewerkschaftsarbeit als Mittel zur „revolutionären“ Erfassung der Massen.

Der Entwicklung der eigenen „roten“ Verbände traut man selbst nicht, sonst würde man alle Kraft auf den Austritt aus den freien Gewerkschaften und auf die Bildung und Stärkung der neuen Verbände legen. Aber davon verspricht man sich einstellend selbst nicht viel, deshalb soll die Fraktionsarbeit in unseren Verbänden weiterhin besonders gepflegt werden. Die freien Gewerkschaftler wären Idioten, wenn sie sich von Leuten, die ihre erklärten Feinde sind, ihre Verbände durch solche Fraktionsarbeit zerstören ließen. Wer in unserem Verband solche Fraktionsarbeit treibt, muß sofort dem Vorstand zum Ausschluß gemeldet werden!

Das ist um so notwendiger, da die Bildung und Stärkung kommunistischer Gewerkschaften als das Ziel hingestellt wird. Die „genaue Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse“ bedeutet, daß die KPD. überall dort, wo sie noch keinen Boden für ihren „Einheitsverband“ findet, die Zerschlagungsarbeit in unserem Verbande forschen will, bis sie zahlstellenweise stark genug ist, die Gründung von Ortsgruppen ihres Verbandes zu wagen. Deshalb ist es selbstverständlich, daß wir alle solche „Fraktions- und Zellenarbeit“ mit der Frage und Aufforderung beantworten:

„Was wollt ihr noch bei uns? Ihr habt ja euren eigenen Verband, wo ihr nach eurer Theorie selig

werden könnt. Geht dort hin und verschont uns mit eurem Stank und eurer Zerschlagungsarbeit!“

Auf die Ankündigung, daß die Arbeit der „Revolutionäre“ auf Bekämpfung jeder Art von Lohnraub gerichtet ist, braucht man kaum einzugehen. Es gibt kein Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, auf dem die freien Gewerkschaften nicht Tag für Tag energisch für die Interessen der Arbeiter kämpfen. Ist es nicht charakteristisch, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ immer wieder von „Konzessionen der Brüning-Regierung an die Sozialdemokraten“ schreibt, daß sie immer wieder die „Abhängigkeit der Regierung von den Gewerkschaften“ betont? Sie hat damit nicht so ganz unrecht, da die Regierung aus allgemeinen sozialen Erwägungen und aus Rücksicht auf die Zentrumsarbeiter nicht an den Gewerkschaftsforderungen achtlos vorbeigehen kann.

Auch ohne daß Sozialdemokraten in der Regierung sind, zeigten die letzten Monate die starke Einwirkung dieser Partei und der Gewerkschaften auf die politische Entwicklung. Die Verstärkung dieses Einflusses brauchen wir, nicht aber politische Rabaupolitik, die auf Zerschlagen und Chaos hinarbeitet.

Die Betriebsratswahlen werden in den Richtlinien ganz offen als politische Wahlen bezeichnet. Es geht also dabei nicht darum, die besten Kameraden, die in vernünftiger Weise die Interessen der Belegschaft vertreten, in den Betriebsrat zu wählen, sondern Leute mit dem großen Maul, die sich, wie Erfahrung lehrt, in kritischen Momenten oft genug ins Maulschloß verfrachten!

Kameraden, beachtet die Bewegung genau. Laßt euch keine Spaltungsarbeit gefallen und bereitet euererseits die Betriebsratswahlen gründlich vor!

kritisierte dann Einzelfälle, so das Verhalten des Bergrats Köhler (West-Reddinghausen), der einem prügelnden Fahrsteiger aus eigener Machtvollkommenheit die vom Minister entzogene Qualifikation wieder verlieh. Bergrat Kircher (Gelsenkirchen) habe ein Weineidsverfahren gegen Bergleute veranlaßt, die wahrheitsgemäß bekundeten, daß eine Stapeltür immer offengestanden habe. Diese von Kircher als unerhörten Vorwurf gegen die Zechenverwaltung empfundene Tatsache wurde in dem Weineidsprozeß bestätigt und die betreffenden Bergleute freigesprochen. Solches Verhalten eines Bergrats erhöhe auch nicht die Achtung vor der Bergbehörde. Auch im Bergrevier Castroj, das dem Bergrat Löns unterstehe, gehe es toll zu, wie Otter an einer Reihe skandalöser Vorkommnisse nachwies.

Kamerad Jakob besprach besonders das Ueberladen der Förderwagen, das sogenannte Kränzeladen, das auf einer Zechen ein Halbenplus von 15 000 Lo. pro Jahr ergeben habe.

Die von den Sozialdemokraten gestellten und vom Hauptausschuß angenommenen Anträge haben folgenden Wortlaut:

1. Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung dringlich vorstellig zu werden auf eine sofortige ausreichende Reichshilfe an die Reichsstaatsbankrott, die durch die Wirkungen des Krieges und insbesondere als Folge der zahlreichen Stilllegungen und Arbeiterentlassungen im Bergbau aller Reviere in eine ganz unhaltbare Lage gekommen ist.
2. Die Zahl der Grubenkontrollure so weit zu erhöhen, daß alle Bergrevierämter in Steinkohlenrevieren mit Grubenkontrolluren in Bälde besetzt sind.
3. Angesichts der im weßfälischen und niederschlesischen Steinkohlenbergbau zu beobachtenden Stilllegungsabsichten alle Maßnahmen zu erwägen, die gefährdeten Arbeitsstätten in Betrieb zu halten.
4. Darauf hinzuwirken, daß die Unfallstatistik in Zukunft von den Bergrevierämtern auf das sorgfältigste aufgestellt wird. Vor allen Dingen wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, daß sich Vorfälle, wie sie sich im Bergrevieramt Gleiwitz-Nord ereignet haben, indem durch Nichtregistrierung der Unfälle der letzten Quartalswoche die Unfallzahlen vollständig falsch wiedergegeben worden sind, nicht mehr ereignen können.
5. Im obereschlesischen Bergbau ist immer noch das getrennte Gedinge in Uebung. Da dieses Gedingesystem unzweifelhaft eine Steigerung der Unfälle zur Folge hat, wird das Staatsministerium ersucht, darauf hinzuwirken, daß dieses Gedingesystem beseitigt und das gemeinsame Gedinge eingeführt wird. Falls dieses Ziel durch Verhandlungen nicht zu erreichen ist, wird das Staatsministerium ersucht, durch eine Polizeiverordnung das getrennte Gedingesystem aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu verbieten. Dieses kann um so mehr geschehen, da das getrennte Gedingesystem auch leistungsmindernd wirkt.
6. Die Frage ernsthaft zu prüfen, ob nicht aus sicherheitspolizeilichen Gründen das sogenannte Einmanngedinge und das Schafholzgedinge bergpolizeilich verboten werden muß.
7. Im obereschlesischen Bergbau hat sich in letzter Zeit wieder die Unfälle eingebürgert, die hohen Pfeiler nur mit einem Arbeiter zu belegen. Da dadurch die Unfallgefahr erheblich gesteigert wird, wird das Staatsministerium ersucht, darauf hinzuwirken, daß vor hohen Pfeilern mindestens zwei Arbeiter beschäftigt werden.
8. Bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß eine Verbilligung der Kohlenfrachten für die besonders noleidenden Reviere mit dem Ziel einsetzt, daß das inländische Marktgebiet für die deutsche Kohlenproduktion gesichert wird.
9. Auf die Erhaltung des Deisterbergbaues hinzuwirken und zu versuchen, der Deisterkohle den zur Erhaltung des Betriebes nötigen Absatz zu sichern.

Außerdem haben die Sozialdemokraten noch folgenden Antrag eingereicht, der aber mit Hilfe der Kommunisten der Ablehnung verfiel:

„Das Staatsministerium wird ersucht, in Gemeinschaft mit der Reichsregierung auf eine internationale Verständigung unter den europäischen Kohlenländern dahin zu wirken, daß über Absatzgebiete, Preise, Anpassung der Förderung an den Absatz und gegenseitige Angleichung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Befriedigung der Ueberproduktion Abmachungen getroffen werden.“

Der preußische Bergetat vor dem Hauptausschuß.

Berichterstatter für den diesjährigen Bergetat, der am 23. und 24. Januar behandelt wurde, war Kamerad Dierroth (Berlin). Er hob die Schwierigkeiten im Bergbau hervor und betonte, daß durch die zahlreichen Bergarbeiterentlassungen die Reichsstaatsbankrott in eine äußerst schwierige Situation geraten ist. Die Schwierigkeiten sind so groß, daß der Vorstand der Reichsstaatsbankrott sich bereits zu einschneidenden Maßnahmen entschließen mußte. Der Krieg und seine Begleitumstände haben die Knappschafft ungeheuer in Anspruch genommen. Deshalb ist es Pflicht der Reichsregierung die Reichsstaatsbankrott finanziell zu unterstützen, damit den Bergarbeitern die wohlverdienten Pensionsrenten gezahlt werden können. Wenn irgendwo eine Reichshilfe notwendig ist, dann für die Bergarbeiter!

Wenn man auch der Sparfahigkeit allgemein das Wort reden solle, so ist der Absatz von 10 Prozent für die Grubenkontrolle unter keinen Umständen gutzuheißen. An der Grubenkontrolle darf unter keinen Umständen gespart werden, hier muß alles geschehen, um die Grubensicherheit noch mehr als bisher sicherzustellen. Die Massenunfälle im Jahre 1930 sind ein deutliches Signal für die Gefahren, die den Bergarbeitern stets drohen. Er bitte alle Parteien, dafür sorgen zu wollen, daß für den Titel „Grubensicherheit“ erhöhte Summen bereitgestellt werden.

Der Preußische Handelsminister eröffnete die Aussprache mit einer längeren Rede über die allgemein bekannte schlechte Lage des Bergbaus und stellte fest, daß die aus den Reihen der Bergarbeiter entnommenen Grubenkontrollure sich sehr gut bewährt haben. Abgesehen von den Massentatastrophen im Jahre 1930, gingen die Grubenunfallziffern von Jahr zu Jahr zurück.

Kamerad Franz kritisierte die Streichung von Mitteln für Grubenkontrollure und kündigte einen Antrag auf Wiederherstellung der alten Positionen an. Er kritisierte, daß öffentliche Gaswerke usw. englische Kohlen und daß die preußischen Elektrizitätswerke ihre Kohlen nicht aus dem notleidenden Deister ergebe beziehen. Im preußischen Bergbau wurden in einem Jahre Geldstrafen von 1 Mill. M. verhängt. Es sei Zeit, daß mit diesem unwürdigen Zustand Schluss gemacht werde! Charakteristisch für die Auffassung in

Kreisen von Bergbeamten sei eine Auslassung der „Bergfreiheit“, des Organs der oberen Bergbeamten. Dieses Blatt wandte sich gegen einen Ministerialerlaß, welcher verlangte, daß Mißhandlungen von Bergleuten angezeigt und geahndet werden sollten. Wenn das Blatt diesen Erlaß als einen Erfolg der Gewerkschaften und der SPD. bezeichnete, so dürften diese stolz darauf sein.

Nach Besprechung der Knappschafftsfrage besprach Kamerad Franz die niederschlesischen Verhältnisse, wo nicht mit Arbeitszeitverlängerung zu helfen sei. Staatliche Hilfe sei notwendig, insbesondere auf dem Gebiete der Frachten. Wenn aber die Unternehmer auf der ganzen Linie nach Staatshilfe schreien, dann sei ihre üblige Forderung nach Unabhängigkeit der Wirtschaft vom Staat nicht berechtigt. Abjahrege- lung erscheine notwendig. Erfreulicherweise trete der Minister für die internationale Regelung der Kohlenfrage ein. Ihr müsse aber die nationale Regelung vorausgehen. Es sei Wahnsinn, obereschlesische und niederschlesische Kohlen nach Süddeutschland und Ruhrkohle nach Breslau zu fahren. Ein Direktor, der in den Abteilungen seines Betriebes ein solches Durcheinander dulde, fliege auf die Straße. Man solle endlich auch einmal die deutsche Wirtschaft als einen großen Betrieb betrachten und sie vernünftig organisieren! An dem Beispiel des Braunkohlenbergbaues, seiner Verschachtelung mit unnötigen sogenannten Kohlenhandelsgesellschaften, zeigte Kamerad Franz die Planlosigkeit unserer Wirtschaft. Bei Besprechung der Unfallgefahren kritisierte er das getrennte Gedinge in Oberschlesien, die Beschäftigung eines Mannes vor hohen Pfeilern. Unter großer Aufmerksamkeit des Ausschusses stellte Franz fest, daß das Bergrevier Nord-Gleiwitz seit längerer Zeit falsche Unfallzahlen herausgibt. Auch wenn dies, wie der Minister meine, ein Einzelfall sei, werde dadurch das Vertrauen zur Bergbehörde nicht gestärkt.

Kamerad Otter wies in scharfer Form die Behauptungen des volksparteilichen Abgeordneten Wiegand zurück, wonach hohes Krankengeld die Unfallziffern erhöhe. Eine solche die Bergleute verdächtigende und beleidigende Behauptung entbehre jeder Grundlage. Kamerad Otter

Gespräch über Nationalsozialismus

zwischen Peter Zimmer und Gottfried Feder.

II. (Stadtred., auch auszugsweise, verboten.)

„Ich gestehe offen: Nein! Aber das verhält sich ja auch nicht so wie Sie sagen. In Wirklichkeit sind es doch die Großbanken, die die Zinsnechtheit ausüben. Es käme also nur darauf an, diese Großbanken zu verstaatlichen. Dann würde der Staat über die Kreditgewährung und die Zinsgestaltung bestimmen.“

„Sie verwechseln anscheinend Bank und Bankkapital miteinander, Herr Feder. Gewiß, man kann auch schon im Privatkapitalismus die Banken verstaatlichen, aber doch nicht das Bankkapital. Das Bankkapital — wenigstens soweit es für das entwickelte Kreditgeschäft in Frage kommt — ist doch Privateigentum derjenigen, die dieses Kapital zur Bank gebracht haben. Sie gehören ja auch zu diesen Leuten, Herr Feder.“

„Das wissen Sie doch nicht!“

„Ich nehme es dann nur einmal an. Denken Sie sich nun, Sie hätten Ihr Geld auf der Bank liegen, die nun verstaatlicht würde, um das verfügbare Geld, also auch Ihres, jetzt zinslos auszuleihen. Wissen Sie, was das für Sie für Folgen hätte?“

„Ja, dann könnte die Bank auch an mich keine Zinsen zahlen.“

„Sie begreifen jetzt schon ganz gut, Herr Feder. Also Sie sehen ein, daß, wenn die Bank keine Zinsen nehmen darf, auch an die Einleger und Sparrer keine Zinsen gezahlt werden können. Es sind Millionen kleiner Sparrer, die ihr Geld zu den Banken und damit der Banken gebracht haben. Diese Spargelder allein belaufen sich zur Zeit auf rund zehn Milliarden Mark. Also all diese Sparrer erhielten keinen Pfennig Zinsen mehr. Ja, die Bank müßte von ihnen noch einen Kostenbeitrag einziehen für Verwaltung ihres Geldes, da ja niemand in der staatlichen Bank umsonst arbeiten wollte. Und was würde dann geschehen?“

„Dann würde niemand mehr Geld zur Bank bringen und all dasjenige, was dort liegt, zurücknehmen.“

„Brau, Herr Feder, Sie beweisen wenigstens, daß Sie auch der Vernunft zugänglich sind, wenn Sie ihr nicht mehr ausweichen können. Sie sehen, daß damit Ihr ganzes Geschwätz von der Abschaffung des Zinseszinses sich als untaugliches Mittel zur Lösung der sozialen Fragen erwiesen hat. Wenn nämlich alle Sparrer und Einleger von Geld auf den Banken und

Banken ihr Geld zurückverlangten, weil sie ja keinen Nutzen mehr an diesem Gelde auf der Bank hätten, dann hieße das, daß rund 15 bis 20 Milliarden Mark aus der Wirtschaft herausgezogen würden. Dabei haben wir in ganz Deutschland nur rund 6 Milliarden Mark flüssiges Geld. Das wäre also der völlige Bankrott, weil überhaupt kein Kapital mehr zum Wirtschaften aufzutreiben wäre. Solange es einen Privatkapitalismus gibt, gibt es Unternehmen — ob Landwirte oder Gewerbetreibende, bleibt sich gleich —, die Geld leihen müssen. Wer Geld leiht, muß jemanden finden, der Geld verleiht. Und Geld verleiht tut nur derjenige, der dafür einen Nutzen erhält, der nur über den Weg des Zinses geleistet werden kann.“

„So, Herr Zimmer, jetzt haben Sie mal lange genug geredet, jetzt gestatten Sie mir mal wieder ein paar Worte.“

„Aber bitte, Herr Feder, sollten Sie doch noch einen Ausweg aus Ihrer Sackgasse, in die ich Sie geführt habe, sehen können?“

„Ich befinde mich in keiner Sackgasse, Herr Zimmer, aber ich will Ihnen nur sagen, daß unser Ziel nicht unbedingt ist, den Zins völlig zu beseitigen, sondern wir wollen vor allem den Zinswucher austrotten, also die zu hohen Zinsen.“

„So, Herr Feder, das klingt schon etwas bescheidener. Aber was verstehen Sie unter Zinswucher? Ich meine, welchen Zinsfuß würden Sie heute als angemessen gelten lassen?“

„Nun, wir Nationalsozialisten glauben für den Uebergang einen Zinsfuß von 5 Prozent inklusive Amortisation befürworten zu können. Das hieße also, daß für Leihkapital 4 Prozent Zinsen erhoben würden und mit 1 Prozent die Rückzahlung der geliehenen Summe erfolgen könnte.“

„Das ist eine Milchmädchenrechnung, Herr Feder, aber nicht Wirtschaftss- oder Finanzpolitik. Sie würden dabei eine schwere Blamage erleben und ungeheuren wirtschaftlichen Schaden anrichten.“

„Aber wieso denn?“

„Nun, Herr Feder, Sie glauben, daß der hohe Zinsfuß von heute willkürlich von den Bankjuden festgesetzt wird?“

„Aber natürlich.“

„Sie irren, Herr Feder, denn der Zinsfuß ist noch viel mehr von Angebot und Nachfrage bestimmt als der Preis einer Ware.“

„Wie meinen Sie das?“

„Nun, Sie wissen ja, daß dann, wenn eine Ware reichlich vorhanden ist, man von einem starken Angebot spricht.

Sind für eine solche Ware nicht viele Käufer da, dann sagt man: es ist kleine Nachfrage. In diesem Falle muß der Verkäufer, wenn er seine Ware loswerden will, möglichst mit dem Preis heruntergehen. Ist aber wenig Ware da, also schwaches Angebot, und sind viele Käufer vorhanden, also große Nachfrage, dann steigen die Preise.“

„Das sind ja alle Kamellen.“

„Vielleicht, Herr Feder — nur vergessen Sie diese ollen Kamellen immer gerne. Wenigstens haben Sie nicht daran gedacht, als Sie Ihr Geschwätz von der Zinsnechtheit einleiteten.“

„Das hat doch mit meiner Zinstheorie nichts zu tun!“

„O doch, Herr Feder, denn mit dem Gelde verhält es sich genau wie mit den Waren. Ja, es ist so, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage sich auf den Zinsfuß noch reiner auswirken kann als auf den Warenpreis.“

„Ich möchte nicht, warum.“

„Sehen Sie, bei der Ware kann der Unternehmer Angebot und Nachfrage regulieren, besonders wenn die Unternehmer, wie heute, gut organisiert sind. Wenn viele Waren da sind und wenig Käufer, dann legen sie heute nicht mehr die Preise herab, sondern sie legen einen Teil der Warenproduktion brach durch Werksstilllegung und Kurzarbeit, was sich in der wachsenden Arbeitslosen- zahl offenkundig macht. Beim Gelde aber ist das anders. Ist viel Geld da und wenig Nachfrage, das heißt wenig Bedarf an Kredit, dann muß der Zinsfuß von selbst fallen, wenn die Geldebefitzer ihr Geld unterbringen wollen. Ist wenig Geld da und starke Nachfrage, das heißt großer Bedarf an Kredit, dann bieten die Kreditgeber hohe Zinsen, damit sie wenigstens einen Teil von dem vorhandenen Gelde erhalten.“

„Und sehen Sie, Herr Zimmer, hier wollen wir doch gerade einsehen. Wir wollen eben verhindern, daß das Bankkapital die Zwangslage der Geldsuchenden ausnutzt und Wucherginsen erbeut. Ist der Zinsfuß durch Gesetz festgelegt, dann darf eben kein höherer Zins genommen werden.“

„Ich bewundere Ihre Naivität, Herr Feder. Zu Ihrer Belehrung eine kleine Zwischenbemerkung: Sie wissen doch noch, daß wir im Kriege auch für Waren Höchstpreise festgesetzt hatten. Diese Höchstpreise wurden nun tatsächlich im Handel auch eingehalten. Aber was war die Folge? Es kamen keine Waren mehr in die Geschäfte! Der arme Teufel, der kein Geld übrig hatte, der konnte also Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen kaufen, aber nur in einer Menge, daß er dabei dem Verhungern bedenklich nahe kam.“

Gewerkschaftliche Organisationsmacht in Deutschland

Im Wirbel unruhiger Zeiten hat jeder einzelne Mensch das Bedürfnis, sich nach festen Stützpunkten und Machtpositionen umzusehen. Die gegenwärtige Periode ist viel unruhiger und beklemmender als irgendeine zuvor. Alles fließt durcheinander, ein ständiges Auf und Nieder, rücksichtsloser Kampf aller gegen alle ist das Zeichen der Zeit. Die Unruhe ist deshalb so allgemein, weil einem großen Teil von Menschen die bisherigen Existenzmöglichkeiten genommen wurden und die übrigen ebenfalls in ständiger Angst leben, jederzeit von Stillschließung usw. betroffen zu werden. Noch niemals war die Existenz der Arbeiter und Angestellten auf eine solche unsichere Grundlage gestellt wie gegenwärtig. In diesem ruhelosen Wirbel sind die Gewerkschaften ein festes Bollwerk und vielleicht der letzte Halt der arbeitenden Massen. Sie stehen wie ein Fels im wogenden Meer. An ihren Grundfesten brandet eine wilde Flut, aber noch ist es nicht gelungen, dieses Bollwerk der Arbeiterklasse irgendwie zu erschüttern. Dessen wollen wir uns freuen und mit Eifer befreit sein, daß alle Hoffnungen der Gegner zu schanden werden.

Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften, „ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Municipalitäten und Gemeinden es für die Bourgeoisie geworden waren.“ Wir glauben, daß diese Worte von Karl Marx zu keiner Zeit mehr zuträfen als in der gegenwärtigen, wo die politischen Parteien mehr oder weniger zerfallen oder in der Umbildung begriffen sind. Deshalb trifft auch eine weitere Ansicht von Karl Marx vollinhaltlich zu: „Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahmefälle, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen fesseln die Arbeitermassen auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.“

Von diesem Blickpunkt ausgehend, wollen wir einmal diese gewaltige Massenbewegung und ihre Ausdehnung in Deutschland an Hand des kürzlich erschienenen Jahrbuches der Berufsverbände betrachten. In diesem Jahrbuch, wo die hundert von Organisationen der Unternehmer, Arbeiter, Beamten, freien Berufe verzeichnet sind, spiegelt sich das organisierte Ringen um Macht und Einfluß wider. Hat man aber bei den Unternehmern nur das Ziel rücksichtsloser Interessenvertretung zu beobachten, so ist bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten das Gegenteil der Fall. Die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger bildet für viele Organisationswütige die Lebensaufgabe, wo sie sich glauben herumtummeln zu können. Hier besteht ein Durcheinander von religiösen, politischen und wirtschaftsfriedlichen Richtungen. Und noch ist kein Ende abzusehen, denn öfter erleben wir es, daß neue Organisationsplitter sich vom Mutterkern ablösen oder neue Verbände entstehen. Die kommunistischen Gewerkschaftsgründungen der neuesten Zeit sind dafür das beste Beispiel. In diesem organisierten Werben offenbart sich der Kampf um die Seele des Arbeiters. Doch wie dem auch sei, die freien Gewerkschaften sind in der Führung und werden sie auch behalten.

Anfang 1929 waren in Deutschland rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Gesamtzahl der in sogenannten Arbeitnehmerverbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug zu der gleichen Zeit rund 9 Millionen. Es entfallen zwei Drittel auf die Arbeiter und der Rest auf Angestellte und Beamte. Gegenüber der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten bedeuten die 7,48 Mill. organisierter Arbeiter und Angestellten 44 Prozent. Wenn wir von den übrigen 56 Prozent 20 Prozent abziehen, die für eine gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen, verbleiben immerhin 35 bis 40 Prozent Hand- und Kopfarbeiter, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Hieraus ist zu ersehen, wie außerordentlich groß das Organisationsfeld der Gewerkschaften noch ist. Ein Rundgang durch den Bau der Gesamtbewegung bestätigt, daß die weitaus größte Zahl der Arbeiter den freien Gewerkschaften angehört. Dies stellt auch

das Jahrbuch mit folgendem Satz fest: „Unter den Organisationsgruppen stehen die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände weit aus voran.“

Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen geht aus folgender Zusammenstellung hervor. Anfang 1929 waren organisierte Arbeiter vorhanden:

	Männliche	Weibliche	Insgesamt	von 100 Arbeitern	von 100 Angestellten
Freigewerkschaftlich	4 127 261	739 645	4 866 926	85	15
Christlich-national	639 714	124 129	763 843	81	16
Freiheitlich-national	190 905	13 239	204 144	93	7
Kommunist. Richtungen	68 100	3 750	71 850	95	5
Wirtschaftsfriedlich	—	—	—	—	—
Selbstständige Verbände	16 124	26 678	42 802	38	62
Zusammen	5 042 124	907 441	5 949 565	85	15

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften rund 82 Prozent aller organisierten Arbeiter in sich vereinigen. Sie bilden den Kernpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt. Alles, was um diesen Kernpunkt kreucht und fleucht, lebt nur von Demagogie sowie von den Brosamen, die von dem Tisch der freien Gewerkschaften fallen.

Anfang 1930 waren die freien Gewerkschaften auf einen Mitgliederbestand von 4 948 276 angewachsen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war in den organisierten Hochkonjunkturjahren noch wesentlich stärker. 1921 waren im Organisationsrahmen des ADGB 8 032 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nach der Währungsstabilisierung trennte sich die Spreu von dem Weizen und übrig blieben nur die charakterfesten Elemente innerhalb der Arbeiterschaft. Die weiblichen Mitglieder machten bei den freien Gewerkschaften 15 Prozent der Mitglieder aus. Von den 907 000 insgesamt organisierten Arbeiterinnen befanden sich 740 000 oder 82 Prozent bei den freien Gewerkschaften. Mit einer Jahreseinnahme, wie 1929 mit 251 Mill. M., war dieser gewaltige Organisationsblock auch finanziell zu einer nicht geringen Macht angewachsen. Daß auch die übrigen Einrichtungen der freien Gewerkschaften, durch eine jahrelange Aufbaubarbeit geschaffen, auf der Höhe standen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die christlichen Gewerkschaften bilden im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung die nächstfolgende Gruppe. Die Zahl der Organisierten beträgt aber nur ein Sechstel der freien Gewerkschaften. Daneben ist es noch von Bedeutung, daß sich die christliche Arbeiterbewegung überwiegend auf die Katholiken, also auf West- und Süddeutschland, beschränkt. Von den 19 Verbänden haben nur zwei (Metallarbeiter und Bergarbeiter) eine Mitgliederzahl über 100 000. Im Jahre 1928 war eine Gesamteinnahme von 22 Mill. M. zu verzeichnen. Das ist ungefähr der erste Teil der Jahreseinnahme, die die freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben. Die christlichen sind nur ein schwacher Abkömmling der freien Gewerkschaften.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) bilden die dritte Gruppe der Gesamtbewegung in Deutschland. Anfang 1929 waren hier insgesamt 168 726 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen. Letztere sind bei den „Hirschen“ zahlenmäßig schwach, denn insgesamt sind nur 12 658 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahmen betragen 1928: 4 098 000 M. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine werden in Deutschland niemals wieder zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen. Wenn Erkelenz und andere Führer der Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine sich der Sozialdemokratie anschließen, dann sollte auch deren Organisation nachfolgen und den Weg zum ADGB finden!

Das Jahrbuch der Berufsverbände verzeichnet als vierte Gruppe die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung. Insgesamt wird hier eine Mitgliederzahl von 68 100 angegeben. Einbegriffen in diese Gruppe sind die Syndikalisten, die „revolutionären“ Industrieverbände, die Arbeiter-Unionen usw. Nach dem Studium dieses betreffenden Abschnitts

Wer aber Geld genügend hatte, also jeden Preis zahlen konnte, der bekam für fünf- und zehnmal höhere Preise im Schleichhandel soviele Waren wie er brauchte. Begreifen Sie, was das für Ihre Theorie bedeutet?“

„Ich muß gestehen: Nein!“

„Das glaube ich, denn sonst würden Sie den Unfuss in Ihrer Theorie ja auch sofort einsehen.“

„Wieso?“

„Nun, wir nehmen an, daß der Zinsfuß gesetzlich auf 1 Prozent festgelegt wird. Was geschieht dann?“

„Dann müssen die Banken sich daran halten; das ist doch leicht zu kontrollieren.“

„Sie vergessen, daß es dann wahrscheinlich bald nicht mehr viel zu kontrollieren gäbe.“

„Das verstehe ich nicht.“

„Nun, denken Sie daran, daß die Banken doch erst Geld von den Einlegern, also den Sparern, erhalten müssen. Wenn die Bank aber nur 4 Prozent Zinsen nehmen darf, dann kann sie an den Sparern ja höchstens 2 bis 2,5 Prozent Zinsen zahlen. Glauben Sie, daß dann noch Geld auf die Banken kommt?“

„Warum denn nicht? Wenn doch nirgends höhere Zinsen genommen werden dürfen, dann ist jeder froh, daß er wenigstens den kleinen Zinsfuß erhält.“

„Sie haben jetzt wieder nicht an das Beispiel mit den Warenhöchstpreisen gedacht. Sie vergessen, daß jetzt ein ganz großer Schleichhandel mit Kredit einsehen würde. Jetzt würde nicht mehr nur die Bank die Notlage der Kreditbedürftigen ausnützen, sondern jeder einzelne, der in der glücklichen Lage ist, Geld übrig zu haben. Jeder würde dieses Geld so teuer wie irgend möglich ausleihen, weil eine ungeheure Nachfrage nach Geld im Schleichhandel sich ergäbe, da die Sparkassen und Banken ja nur noch wenig Einkommen bekämen und diese wenigen Einkünfte nur an die sogenannten großen Kunden gehen würden, die eben gute Beziehungen haben. Der kleine Mann, also der Handwerker, der kleine Geschäftsmann, der kleine Privatmann, der Landwirt usw., wäre gezwungen, notwendige Darlehen im Schleichhandel zu suchen, was natürlich nur bei Zahlung von hohen Wucherzinsen möglich wäre.“

„Sie vergessen, daß bei gesetzlichem Höchstzins auch der private Geldverleiher keine höheren Zinsen nehmen darf. Würde er das tun, dann wäre das an Hand des Schuldheißens ja leicht feststellbar und auch seine Bestrafung leicht.“

„So redet eine Pensionatschülerin, Herr Feder, aber kein mit der Praxis vertrauter Wirtschaftspolitiker. Die Geldschieber-

geschäfte werden anders gemacht. Sie bestehen heute schon und würden sich bei Ihren Maßnahmen nur zu einem ausgebreiteten System entwickeln, dem nicht beizukommen wäre. Das gefährlichste ist folgendes: Irgend jemand ist in großer Geldverlegenheit. Er benötigt unbedingt 2000 Mark, die er aber bei keiner Bank oder Sparkasse erhalten kann. Da hört er von einem Privatgeldverleiher. Er geht zu ihm hin und erhält von diesem nicht, laut Schuldschein, 2000, sondern 4000 Mark zu 4 Prozent Zinsen. Sie würden nun sicher diesen Geldverleiher seiner nationalen Disziplin wegen sehr beloben, während der Geldverleiher wahrscheinlich heimlich fluchen würde, weil er wohl laut Schuldschein 4000 Mark zu 4 Prozent Zinsen erhielt, die er auch voll zurückzahlen muß, in Wirklichkeit aber von dem Geldverleiher nur 2000 Mark ausgehändigt bekam. Sie sehen also, Herr Feder, Sie können sich drehen wie Sie wollen, Ihre Theorie von der Brechung der Zinsnestschaft ist Phrasen und Geschwätz.“

„Sie meinen also dann, daß der Zins nur deshalb so hoch sei, weil zur Zeit wenig Kapital vorhanden ist und wenn mehr Kapital da sei, dann sinke der Zins von selbst?“

„Gewiß meine ich das, ich kann Ihnen das sogar beweisen. Gehen Sie ins Ausland an die Börsen in Paris, New York, London und Zürich. Dort liegt heute eine gewaltige Kapitalreserve, die auf über 20 Milliarden Mark geschätzt wird. Was ist die Folge? Sie können dort, wenn Sie für kreditwürdig gelten, Geld bekommen zu kurzfristigen Terminen für 1 bis 2 Prozent Jahreszinsen, ohne Zinsgesetz. Herr Feder! Würden Sie in diesen Staaten Ihre Gedanken von der Zinsnestschaft vortragen, dann würde man sie mitteilend belächeln. Uebrigens, Herr Feder, haben Sie überhaupt an das Ausland gedacht, als Sie Ihre Forderung auf Brechung der Zinsnestschaft figurierten?“

„Was hat das mit dem Auslande zu tun? Wir wollen das deutsche Volk in erster Linie aus dem Sumpfe herausführen, in den es durch das Leihkapital hineingetrieben wurde. Was das Auslande macht, ist uns völlig egal.“

„Sie würden sehr bald merken, daß Ihnen das nicht egal sein würde.“

„Wieso?“

„Nun, Sie wissen doch, daß wir viele Milliarden Auslandskapital in der deutschen Wirtschaft haben. Wenn Sie den Zinsfuß willkürlich beschränken, ohne Rücksicht auf die Kapitalvorräte, dann müßten Sie das doch auf alle Leihgelder ausdehnen, also auch auf das ausländische Leihkapital. Wissen Sie, was das zur Folge hätte?“

des Jahrbuches ist man genau so schlau wie vorher. Man vermag kein einheitliches Bild über die „revolutionären“ Organisationsrichtungen zu erhalten.

In noch größerem Maße gilt dies von der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsbewegung. Selbst das objektive Jahrbuch schreibt hierüber: „Für die Gruppe der Werks- und Betriebsgemeinschaften erstrebenden wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen besteht kein sicherer Anhalt dafür, welche Ausdehnung sie unter der Arbeiterschaft erreicht haben. Auf Tagungen genannte Zahlen sind in der Öffentlichkeit angezweifelt worden. Dem Statistischen Reichsam haben die Verbandsleitungen bei der Umfrage keinerlei Angaben gemacht, nachdem bei der vorhergehenden Umfrage teils darauf hingewiesen worden war, daß wegen Umbildung innerhalb der Organisation Angaben zur Zeit nicht gemacht werden könnten...“ Jedenfalls ist eins sicher, daß sich an dem gelben Charakter dieser Bewegung nichts geändert hat. Es bestehen eine Reihe Spitzengruppen, die sich teilweise hart befehlen, aber doch nach längeren Einigungsverhandlungen im Juni 1930 zu der Gründung des „Hauptausschusses der nationalen Industriearbeiterverbände“ kamen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch eventuelle Gewerkschaftsgründungen der Nazis diese Bewegung einen neuen Ansporn erhält. Trotzdem man manchmal an dem gesunden Geist dieser Schichten der Arbeiterschaft zweifeln möchte, sind wir der Ueberzeugung, daß die Gelben niemals eine ausschlaggebende Stellung im Gewerkschaftsleben erringen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Beachtung gefunden, wie es vorher niemals der Fall war. Deshalb auch die Feindschaft gegen diese Massenorganisationen des Proletariats! Diese zahlreiche Gegnerkraft kann den freien Gewerkschaften nur zur Ehre gereichen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Teil der modernen Wirtschaft. Dies hat bereits Staatssekretär Desbrière, ein Minister des kaiserlichen Deutschland, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt, während tatsächlich nach meiner festen Ueberzeugung die Gewerkschaften wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“

Möge die sozialistische Arbeiterschaft ihrer Gewerkschaftsbewegung die Liebe entgegenbringen, die sie verdient! In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen können diese keine Riesenerfolge bringen, aber gerade dann erweisen sie sich als ein Damm, der die Fluten der Reaktion in ihren Schranken hält.

Der IGB. 1930.

Auf Grund eines Gesprächs mit Johann Sassenbad, dem Generalsekretär des IGB, schreibt uns Kurt Lenz aus Paris: 13 500 000 Mitglieder hat der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund an der Schwelle des neuen Jahres. Noch vor einigen Jahren waren es nur 12 000 000. Ägypten und Finnland traten im vorigen Jahre bei. Rußland, Portugal und Norwegen fehlen. Portugal hat noch keine Landeszentrale und in Norwegen sind noch zu starke kommunistische Einflüsse.

Seit 1911 ist der IGB in enger Verbindung mit den nordamerikanischen Gewerkschaften. Deren Vorsitzender Gompers spielte auch bei der ersten Internationalen Arbeitskonferenz in Washington eine große Rolle. Leider konnte er den Anschluß nicht durchsetzen. Ob dieser wohl jetzt unter dem Druck der allgemeinen Arbeitslosigkeit eher möglich ist? Der amerikanische Einwand, die Beiträge beim IGB seien zu hoch (man zahlt 12 holländische Gulden für je 1000 Mitglieder), dürfte gerade für die amerikanischen Verhältnisse unzutreffend sein. Mexiko richtet sich in allem nach Nordamerika. Kanada dagegen gehört zum IGB, ebenso Argentinien, und vielleicht wird in diesem Jahre auch Kuba beitreten, nachdem der nordamerikanische Versuch der Schaffung eines eigenen Panamerikanischen Gewerkschaftsbundes gescheitert ist. In den übrigen süd- und mittelamerikanischen Ländern gibt es noch keine Landeszentralen, so daß die Voraussetzung für einen eventuellen Anschluß an den IGB noch nicht geschaffen ist.

Die Gewerkschaften von Palästina gehören bereits zum IGB. Auf Anraten des Inders Joshi wird in diesem Jahre sicher die indische Gewerkschaftsbewegung beitreten. Auch in

„Ich wüßte nicht.“

„Ja, sehen Sie, das würden sich die ausländischen Geldgeber gar nicht gefallen lassen, die würden sofort ihr Geld, das sie nach Deutschland verpumpt haben, zurückziehen. Die Folge wäre der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.“

„Man könnte dann vielleicht für das bereits in Deutschland stehende Auslandskapital eine Ausnahme machen.“

„Sie meinen, daß man nur für zukünftige Auslandsanleihen Ihre Zinsmaßnahmen in Anwendung zu bringen brauchte?“

„So meine ich, ja!“

„Dann bekommen Sie eben in Zukunft keinen Pfennig mehr vom Ausland herein, was ebenfalls sehr bald zu einer Wirtschaftskatastrophe führen müßte, da wir in Deutschland allein nicht genügend Kapital haben, um die Wirtschaft vorzutreiben.“

„Nun, schließlich könnte man dann für Auslandsgeld den freien Zinsfuß bestehen lassen, bis wir uns soweit erholt haben, daß wir genug Eigenkapitalbildung erzielen können. Dieses Ziel zu erreichen, würde zur Zinsbeschränkung im inländischen Geldleihgeschäft schon viel beitragen.“

„Sie würden sehr bald merken, daß auch ein solcher Plan nur Unheil für die deutsche Volkswirtschaft brächte.“

„Anwiefern?“

„Es würde kein Geldbesitzer in Deutschland, der sein Geld nicht im Schleichhandel losbrächte, daselbe im Lande belassen, sondern einfach ins Ausland verfrachten, um es von dort gegen hohe Zinsen wieder nach Deutschland zu verpumpen.“

„Da würden wir schon Mittel finden, diese Kapitalflucht ins Ausland zu unterbinden.“

„Sie sind ein Träumer und Phrasen, Herr Feder. Solche Kapitalverschiebung kann man nicht unterbinden. Sie glauben, daß das nur geschehen kann über den regulären Bank- und Börsenverkehr als reines Geldgeschäft. Aber bedenken Sie doch, daß wir allein einen Außenhandel haben, der jährlich für rund zwanzig Milliarden Mark Waren umschleift, also einen regulären Geldverkehr in gleicher Höhe aufweist. Bedenken Sie weiter, daß wir unghälige und große Auslandsunternehmen wirtschaftlicher Art zählen, die Eigentum deutscher Kapitalisten sind. Sie können unmöglich kontrollieren, wo bei diesem Auslandsverkehr die Grenze eines notwendigen Geldverkehrs ist und wo das Schiebergeschäft anfängt, wenn letzteres dabei

Kommunistische Verleumder entlarvt.

Japan dürfte jetzt nach der Spaltung der Beitritt erfolgen. Nach China fährt erst Ende 1931 eine Studienkommission.

Außer Ägypten, das 1930 betrat, ist die Organisation der 10 000 schwarzen Arbeiter und der 22 000 weißen von Südafrika angeschlossen, und in Südwestafrika die Gewerkschaft der deutschen Arbeiter, ferner in Nordafrika der Gewerkschaftsbund jeder französischen Kolonie.

Australien leidet sehr unter kommunistischen Spaltungsbestrebungen und ist dem IGB nicht angeschlossen. Es sandte aber einen Vertreter zum Internationalen Gewerkschaftskongress von Stockholm.

Nachdem die Russen 1919 die Einladung nach Amsterdam ablehnten, gründeten sie einige Jahre später eine eigene Rote Gewerkschaftsinternationale. Auf Wunsch der englischen Gewerkschaften (1924 auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress von Wien) wurden nochmals Versuche einer Einigung unternommen. Aber seit die Engländer dann die Zwecklosigkeit dieses Beginns einsehen, haben sie in scharfer, ja fast brutaler Weise jede Verbindung mit den Russen aufgegeben. Auch die anderen Länder in Europa machten bald die Erfahrung, daß ein Zusammenarbeiten mit den Russen wegen der Verschiedenartigkeit der Ansichten über die Aufgabe der Gewerkschaften nicht möglich ist. Angeblich hat die Rote Gewerkschaftsinternationale 10 000 000 Mitglieder, wovon 8 000 000 Russen sind. Aber auch unter den restlichen 2 000 000 sind Gewerkschaftsverbände mitgerechnet, die überhaupt nicht mehr existieren. Dadurch, daß die Engländer ihren kommunistenfreundlichen Standpunkt aufgegeben haben, sind auch alle Schwierigkeiten, die bis zum Pariser Kongress von 1927 bestanden, erledigt. Besonders der jetzige Vorsitzende Citrin, der gleichzeitig Generalsekretär der englischen Gewerkschaften ist, tut alles, was in seinen Kräften steht, um in England Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung aller Länder zu schaffen.

Seit 1927 geht es auch der Rasse des IGB sehr gut. Sie konnte kürzlich 10 000 holländische Gulden dem Matteotti-Fonds aus laufenden Mitteln überweisen. Alle Schwierigkeiten organisatorischer, finanzieller und geistiger Art sind überwunden. Eine ruhige Entwicklung steht bevor. In der Frage der Bekämpfung der Kriegsgesahren und der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat sich der IGB mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale zwecks Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms und gemeinsamer Aktionen ins Benehmen gesetzt.

Jede Woche erscheint ein Pressebericht des IGB in sechs Sprachen (Deutsch, französisch, englisch, spanisch, dänisch und holländisch). Ferner gibt er eine Monatschrift in deutscher, französischer und englischer Sprache heraus: „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, in der nicht nur von den Hauptereignissen des IGB, sondern auch von der Arbeit der internationalen Berufssekretariate die Rede ist. Die internationalen Arbeitskonferenzen des Genfer Internationalen Arbeitsamtes geben außerdem den Gewerkschaftsvertretern Gelegenheit zu Besprechungen mit Gewerkschaftsbelegierten aller Kontinente.

Der Sitz des IGB soll am 1. Juli 1931 wieder nach Berlin verlegt werden, wo der IGB einst entstand.

Gewaltregiment der österreichischen Alpine

Kein Kollektivvertrag mehr. — Lohnabbau.

Die österreichische Alpine Montangesellschaft ist gewissermaßen eine Tochtergesellschaft der Vereinigten Stahlwerke geworden. Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Dr. Vögler (Dortmund). Die Alpine hat ihre Arbeiter seit Jahr und Tag in die „Heimwehr“ gepreßt und auch eine eigene gegen die freie Gewerkschaft gerichtete „unabhängige“ Gewerkschaft aufgejogen. Nachdem sie unter dem Druck der Not damit Erfolg hatte, kommt das die Ende für die Arbeiter nach. Am 16. Januar hat die Gesellschaft der Belegschaft gekündigt und zum 1. Februar eine neue Lohnordnung erlassen. Kollektivverträge gibt es nicht mehr, nur die Alpine diktiert! Die bisherige Leistungsprämie wird aufgehoben, der Lohnverlust soll „zum größten Teil“ ausgeglichen werden durch eine andere Akkordregelung, aber 10 Prozent Lohnabbau sollen bleiben.

Jetzt, wo es zu spät ist, werden den Arbeitern wohl die Augen aufgehen! Dies Beispiel zeigt: Mit der Gewerkschaft Tarifverträge, nicht einseitiges Unternehmerdiktat; ohne Gewerkschaft oder mit gelber, „unabhängiger“ Gewerkschaft reines Unternehmerdiktat!

Wer die Schreibweise der kommunistischen Parteipresse kennt, weiß, daß man die Gewerkschaftsfunktionäre fast täglich in der üblichsten Weise beschimpft und verleumdet. So hat man besonders anfänglich der letzten Lohnkonflikte wiederholt die unglaublichesten Meldungen, wie: „die Gewerkschaftsvertreter hätten für einen siebenprozentigen Lohnabbau gestimmt, geheime Verhandlungen geführt“ usw., verbreitet. Bereits bei der Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter zu Anfang des Jahres 1929 führte die Presse der SPD einen ähnlichen Verleumdungszug. So berichtete beispielsweise das „Ruhr-Echo“ vom 16. Januar 1929, zwischen Husemann und dem Reichsminister Curtius hätten geheime Verhandlungen stattgefunden. In dieser angeblichen Geheimkonferenz hätte Curtius angeregt, die Tarifverträge nicht zu kündigen, um die Kohlenwirtschaft vor weiteren Erschütterungen zu bewahren. Unser Verbandsvorsitzender Kamerad Husemann veröffentlichte daraufhin in der Tagespresse eine Erklärung, in der er ausdrücklich feststellte, daß an der Meldung des „Ruhr-Echos“ kein wahres Wort sei. Er habe vielmehr — so stellte Husemann besonders fest — seit dem 12. Dezember 1928 Minister Curtius nicht gesehen und noch viel weniger gesprochen. Anstatt nun gerechter- und vernünftigerweise die gebrachte Falschmeldung zu berichtigen oder wenigstens zu schweigen, erschien in der kommunistischen Presse eine ganze Serie von Artikeln, die, auf der demontierten Lügenmachricht fußend, Husemann weiter beschimpften. Daraufhin erklärte unser Verbandsvorsitzender in Nr. 6 der „Bergbau-Industrie“:

„Am allen Lügereien und Verdrehungen ein Ende zu bereiten, sei festgestellt, daß weder im vergangenen noch in diesem Jahre Verhandlungen zwischen mir bzw. anderen Vertretern unseres Verbandes und Regierungstellen, also weder mit dem Minister Curtius noch mit Wiffel oder anderen Ministerien über die Frage der Kündigung oder Nichtkündigung im Bergbau und speziell im Ruhrbergbau stattgefunden haben. Alle entgegengesetzten Meldungen sind unwahr.“
Husemann.

Trotz dieser Erklärung setzte die kommunistische Presse ihre verantwortungslose Hehe gegen Husemann fort. Zahlreiche Verbandsmitglieder und -funktionäre verlangten daher, daß Husemann das Handwerk legen sollte. Husemann weigerte sich zunächst, diesen Weg zu gehen, weil er seit mehr als zehn Jahren fast täglich in der kommunistischen Presse verleumdet würde und es als aussichtslos erachtete, die kommunistischen Schimpfkanonaden unmöglich zu machen. Schließlich gab er dem Drängen der Kameraden nach, um einmal durch einen Beleidigungsprozeß die journalistische Lumperei der kommunistischen Presse bloßzustellen.

Das erste Urteil in diesem Beleidigungsprozeß wurde nach nahezu zwei Jahren, am 17. November 1930, gefällt. Danach wurden die drei kommunistischen Redakteure Florin, Schröder und Birkenhauer zu je 300 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung erfolgte, weil die Angeklagten nicht in der Lage waren, die aufgestellten Behauptungen und beleidigenden Äußerungen durch konkrete Beweise zu rechtfertigen.

Gegen dieses am 17. November 1930 gefällte Urteil legten beide Parteien Berufung ein. Die Berufungsverhandlungen fanden am 27. Januar d. J. vor der Kleinen Strafkammer in Bochum statt. Von den Angeklagten waren die Redakteure Schröder und Birkenhauer erschienen. Ihre ganzes Auftreten am Gericht war geeignet, die „Führer“ des „revolutionären“ Proletariats zu bemitleiden. Birkenhauer z. B. erklärte, daß es ihm völlig ferngelegen habe, Husemann böswillig zu verleum-

den. Eine subjektive Bosheit komme überhaupt nicht in Frage. Auf die Frage, womit er die beleidigenden Äußerungen und üblen Nachreden rechtfertigen wolle, erging sich Birkenhauer in allerhand nichtslagenden Redensarten. So meinte er beispielsweise, das Schlichtungswesen hätte sich bis jetzt nur gegen die Bergarbeiter ausgewirkt und der Verband hätte seit 1924 keine Streikunterstützung mehr gezahlt (!). Die Steigerung des Schichtförderanteils im Bergbau hätte bis jetzt in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen keinen genügenden Ausgleich gefunden. (Diese Tatsache ist von keinem Verbandsfunktionär bestritten, sondern immer nachdrücklich betont worden. Aber auch dem nächsten Bergmann ist es bis jetzt nicht eingefallen, dafür Husemann verantwortlich zu machen. D. Red.) Birkenhauer erklärte dann weiter, die Verbandsvertreter hätten in diesem Jahre verträglich gehandelt, weil sie, um einen achtprozentigen Lohnabbau zu verhindern, bereit waren, einen Schiedspruch mit 4 Prozent zu ermöglichen. Gegen die Subventionen (gemeint konnten nur die Zuschüsse im Siegerland, in Niederhessen und Mansfeld sein, die viele tausende Bergarbeiter vor Existenzlosigkeit schützen), hätten sich die Verbandsvertreter wenden müssen.

Nachdem der Angeklagte mit meist unwahren und allgemeinen Redensarten versucht hatte, die niederträchtige und gemeine Polemik vom Jahre 1929 (!) gegen Husemann zu rechtfertigen, beendete er seine Rede mit einem agitatorischen Appell für den kommunistischen „Einheitsverband“. Damit hatte er jedoch keinen Erfolg, da die Bergarbeiter im Zuhörerraum die naiven und unwahren Ausführungen mehrmals mit einem Heiterkeitssturm beantworteten.

Der zweite Angeklagte, Schröder, versuchte, zur Begründung seiner üblen Schreibweise sogar auf die Ereignisse seit 1918 hinzuweisen zu müssen. Und Rechtsanwalt Obuch (Düsseldorf) als Verteidiger glaubte sogar die Entdeckung machen zu können, daß ein Gewerkschaftsvertreter, der zugleich Mitglied in einem politischen Parlament ist, oft in Konflikt kommen müsse. Daß ein Gewerkschaftsvertreter nicht nur die Aufgabe hat, auf tarifvertraglichem, sondern auch auf gesetzgeberischem Wege für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten, schien Obuch nicht zu wissen. Er hätte sich sonst die lange Verteidigungsrede sparen können!

Der Verteidiger von Husemann, Dr. Kawitzki, konnte deshalb am Schluß der mehrstündigen Verhandlungen feststellen, daß auch die kommunistischen Redakteure diesmal einen konkreten Beweis für die Rechtfertigung ihrer schiefen Schreibweise im Jahre 1929 nicht erbringen konnten. Besonders konnten sie einen Wahrheitsbeweis für die üble Nachrede, Husemann hätte Geheimverhandlungen geführt, besondere Abmachungen getroffen usw., nicht erbringen. Die Erklärungen Husemanns, daß die Nennmeldungen in der kommunistischen Presse völlig unwahr und aus der Luft gegriffen sind, wurden somit erneut gerichtsnotorisch bestätigt.

Wenn die Berufungsinstanz trotzdem die frühere Geldstrafe von je 300 M. auf je 150 M. ermäßigte, dann mag dabei der mitbedauernde Anblick der Angeklagten (auch von einem kommunistischen Redakteur erwartet das Gericht zumindest ein gesundes und logisches Denkvermögen) von entscheidender Bedeutung gewesen sein. Die Berufung beider Parteien wurde kostenpflichtig verworfen.

Damit dürfte ein Rechtsstreit ein Ende gefunden haben, der, wie schon einleitend betont, den Zweck haben sollte, die fortgesetzten unwahren Behauptungen und beleidigenden Äußerungen in der kommunistischen Presse zu unterbinden. Ob dieser Zweck erreicht wird, ist zu bezweifeln, da die Links- und Rechtsboisckewisten die Schimpffreiheit, die ihnen die verhasste Republik gewährt, nach wie vor gründlich ausnützen. Es bleibt daher nur die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft soviel gesundes Empfinden und klares Denkvermögen aufbringt, um die unermüdlichen läugerischen und zerkleinernden Bestrebungen politischer Schulbuben von vornherein in ihrem wahren Wesen zu erkennen und zurückzuweisen.

6. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1931

als Folge Ihrer gepredigten Zinsmaßnahme einsehen würde. Sie sehen, Herr Feder, Ihre nationalsozialistischen Phrasen können vielleicht gedankenlose Spießer entzünden, müßten sich aber beim ersten Versuch praktischer Verwirklichung als schillernde Seifenblasen erweisen.

„Aber Sie können doch, wenigstens das eine nicht bestritten, Herr Zimmer: Wären die Zinssätze bei uns niedriger, dann wären doch die Betriebe um soviel rentabler, die Löhne könnten höher sein, der Gewerbetreibende besäße größeren Reingewinn, der Landwirt hätte weniger Lasten usw. Das müßte doch für alle Teile nur großen Nutzen bringen können.“

„Aber, Herr Feder, das sind Selbstverständlichkeiten. Ich wollte Ihnen hier ja nur zeigen, daß Sie großen Volksbetrug treiben, wenn Sie davon reden, daß der Nationalsozialismus im „Dritten Reich“ die soziale Frage lösen wird durch Brechung der Zinsnechtigkeit. Die soziale Frage ist nur zu lösen durch Brechung der Profitwirtschaft, also durch Beseitigung des Kapitalismus. Nicht am Zinswucher leidet die Welt, sondern am Profitwucher!“

„Das erscheint mir nun als Schlagwort, Herr Zimmer. Die großen Wirtschaftsführer in Deutschland schaffen doch in erster Linie Arbeit. Sie können Tag und Nacht darauf, wie sie wohl am besten dem Volke Arbeit und Waren geben können. Ich denke da hauptsächlich an Krupp, Kirdorf, Thyssen, Mannesmann, Siemens, um nur wahllos einige zu nennen.“

„Wollen Sie denn damit sagen, daß in den Unternehmen dieser genannten Wirtschaftsführer die soziale Frage gelöst ist?“

„Das nicht. Und heute ist das ja auch anders. Solange solche Männer noch allein über ihren Betrieb bestimmen, ist derselbe vom sozialen Wohlwollen bestimmt. Aber sofort schlägt die Weisensart solcher Betriebe um, wenn sie nicht mehr unter der selbstverantwortlichen Leitung einer sittlichen Persönlichkeit stehen, die meist ihren Arbeitern auch im wohlverstandenen Interesse ihres Betriebes für sorgfältig und anständig gegenüberstehen sind, sondern „arbeitslos“, „entpersönlicht“ werden und in die Form einer Aktiengesellschaft oder GmbH übergehen. Solange noch der Gründer und Schöpfer eines solchen Wertes als Hauptaktionär die alten gediegenen Lieberlieferungen seines Wertes pflegen kann, mag es noch angehen, aber meist beginnt schon bald nach der Umwandlung der Anstalt der reinen Profitinteressen der Aktionäre, d. h. der Berufsleihkapitalisten. Die früheren Besten, die Vorstände, die Direktoren sind gegenüber den Forderungen nach Verbesserungen im Betrieb, nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen vom „Aufsichtsrat“ abhängig — und

dieser hat gar kein Interesse (über das des Sklavenhalters hinaus) an dem Wohlergehen von Arbeiterschaft und Werk, solange er nur recht hohe Dividenden für das hineingesteckte Kapital erzielen kann. Ganz verheerend wurden diese Zustände durch die Einführung der Inhaberrakte, so daß also jeder hergelaufene Schieber und Geldmensch, Aktionär, Großaktionär und damit Besitzer größter industrieller Werke werden konnte, ohne das geringste vom Betriebe zu verstehen. Was sind den Berufsleihkapitalisten, den Großaktionären, den Börseanern, diese Anteilskleine, die Aktien anders als „Spielpapier“ an der Börse? Interesse an Produktionsstätte, Erzeugung und Arbeitsplatz hatten die „Aktionäre“ ganz gewiß nicht, ja sie wußten und wissen meist gar nicht einmal die Produkte zu nennen, die Abzuggverhältnisse, die Arbeits-, Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Werke, deren „rechtmäßige“ (!) Besitzer sie sind, auf Grund ihres an der Börse erzielbaren Aktienpaketes dieser oder jener Fabrik. Man muß sich einmal die Dinge in ihrer volkswirtschaftlichen Tiefenwirkung klarmachen, um die ganze Verderblichkeit dieses zinskapitalistischen Systems zu erkennen. Profit, Rentabilität ist heute die Aufgabe der Wirtschaft.“

„Das haben Sie brav gesprochen, Herr Feder. Und es freut mich auch, hier wieder feststellen zu können, daß Sie auch diese Ihre Gedanken über die heutige Wirtschaft fast reiflos aus sozialistischen Schriften herausgeholt haben. Das einzige, was als Ihre eigene Idee dabei gelten kann, ist, daß Sie glauben, hier einen Unterschied machen zu können zwischen dem persönlichen Unternehmer und dem Berufsleihkapitalisten, und daß nur der letztere es sei, der aus der Bedarfswirtschaft eine Profitwirtschaft mache.“

„Aber das ist doch ganz klar, Herr Zimmer, daß hier ein Unterschied besteht. Der Leihkapitalist, der Aktienbesitzer, der Besitzer von Obligationen, also Schuldgeheimen, sie verlangen alle ihren Profit, ihre Dividende, ihren Zins, sonst nichts. Dem har sich, alles zu beugen. Erst wenn sie befriedigt sind, kommt der Lohn oder der Preisabbau, das heißt, wenn noch etwas dafür übrig bleibt.“

„Es freut mich, ungemein, daß Sie sich so gelehrt erweisen, Herr Feder. Ich hoffe deshalb, daß ich Sie auch davon überzeugen kann, daß all die Mängel, die Sie eben gerügt haben, nicht nur im Privatkapitalismus herrschen, wo Leihkapitalisten und Aktionäre beteiligt sind, sondern daß es im Privatkapitalismus immer so war, ist und bleiben wird.“

„Das wird Ihnen schwerlich gelingen. Es ist doch lächerlich, zu behaupten, daß ein edler Charakter und dem Volke wohl-

gesinnter Mensch ein Unternehmen nicht der Arbeit und des Bedarfs wegen führen könnte, sondern immer dem Profit dienen müßte. Wir werden dann im Dritten Reich schon dafür sorgen, wenn es heute nicht möglich sein soll.“

„Verfallen Sie bitte nicht in Agitationsphrasen, Herr Feder. Geben Sie mir lieber einmal Antwort auf folgende Frage: Was ist der Sinn des kapitalistischen Wirtschaftens, das heißt, von welcher Absicht ist jemand geleitet, der heute irgendein Unternehmen oder Geschäft eröffnet?“

„Nun, er will mit dem Unternehmen Geld verdienen.“

„Sehr gut, er will Geld verdienen! Aber wieviel?“

„Soviel als möglich.“

„Das ist wieder richtig. Jeder, der heute ein Geschäft aufmacht, will soviel Geld verdienen, wie es ihm eben in diesem Geschäft möglich ist. Freiwillig wird also niemand sich mit weniger Verdienst abfinden, wenn er einen höheren erzielen kann. Das geschieht selbst unter Brüdern nicht, von der Allgemeinheit oder Volksgemeinschaft gar nicht zu reden. Man kann auch durch Gesetz niemanden zwingen, auf höheren Verdienst freiwillig zu verzichten zugunsten seiner Mitmenschen.“

„Das gebe ich ohne weiteres zu.“

„Sehr vernünftig, Herr Feder. Damit aber haben wir eine sehr bedeutsame Feststellung gemacht.“

„Und das wäre?“

„Wir haben das privatkapitalistische Wirtschaftsprinzip festgestellt.“

„Worin bestände das?“

„Nun, in der Feststellung, die schon — erschrecken Sie nicht, Herr Feder — Karl Marx gemacht hat, und zwar: das privatkapitalistische Wirtschaftsprinzip besteht in der besten Kapitalverwertung!“

„Sie wollen damit sagen, daß der privatkapitalistische Mensch sein Geld so anlegt oder seinen Betrieb so leitet und führt, daß ihm daraus der höchsterzielbare Nutzen erfließt?“

„Sagen Sie ruhig Profit, Herr Feder. Es ist ja, wie Sie fragen, und daran ändert sich nichts, ob nur ein Privatkapitalist ein Geschäft betreibt oder ob daran viele Kapitalisten beteiligt sind. Jeder erwartet einen Gewinn entsprechend dem Kapitalanteil an dem Geschäft.“

„Aber wie wollen Sie denn das ändern, Herr Zimmer?“

„Wir wollen als Sozialisten, das ist Ihnen doch bekannt, allen Kapitalbesitz, der auf Kosten fremder Arbeitskraft verwertet wird, in Gemeineigentum überführen.“

(Fortsetzung folgt.)

HAUS UND LEBEN

Ueber allem der große Gedanke!

Das ewige Nur-Ueberlegen und Nur-Erwägen und Nur-Bersehen, das hat der Dichter von Hoffmannsthal einmal „die typische Lebenshemmung unserer Zeit“ genannt.

Bekannt ist das Beispiel vom Taufendföhler, das ein Dichter einmal gebraucht hat. Frage den Taufendföhler, so schrieb er, wie er es macht, mit so vielen Füßen zu gehen, und plötzlich ist es ihm vor lauter Ueberlegung gar nicht mehr möglich, seine vielen Beine zu gebrauchen, wie es ihm sonst so natürlich war.

Viel all des Selbstverständlichen, das der Kampf dem Volke einst gewesen, ging verloren, weil der Intellektualismus der kapitalistischen Zeit zerlegend wirkte auf den alten, einen Glauben der Schaffenden.

Goethe, Nietzsche, Hebbel und andere sahen dieses Unbewusste und Selbstverständliche der menschlichen Seele geradezu als das Eigentliche, Echtes, Ursprüngliche und Wertvollste des Lebens an. Wird es ertötet, dieses Unbewusste in uns, dann ist Erstarrung die Folge, ist Schwundlosigkeit die große Gefahr.

Wenn wir heute diese Kleinlichkeit sehen, mit der so manche im Leben der Bewegung stehen, diese Engherzigkeit, diese Unzufriedenheit mit allem und allem, dann finden wir, schauen wir tiefer, dieses Zerföhren der menschlichen Seele als letzten Grund. Die ewige Sorge, dieses ewige Ringen um das Kleinste des Tages zwingt zur einseitigsten Einstellung zum Leben so viele, und da werden dann in ihnen diese Tiefen verschüttet, aus denen allein der echte Glaube an das Leben glöhzt.

Wenn wir in dieser aufgewühlten Zeit den Gegenföh betrachten, wie er ist zwischen dem „radikalen“ Menschen und dem seinen Weg gehenden Kämpfer, zwischen dem „Extremen“ und dem Menschen, der mit beiden Füßen in der Wirklichkeit des Lebens steht, dann finden wir einen auffallenden Gegenföh der Seelen: dort beim Radikalismus der Mensch der Seele entwurzelt, hier beim bewußten Kämpfer der Mensch voll einer zähen Liebe zur Idee.

Dieses Unbewusste in uns, das sich als Liebe zum großen Gedanken gar nicht beirren läßt, das ist ein Funke des Ewigen, das da drängt und doch die Geduld kennt, wie sie stets mit großer Liebe verbunden.

Vom Kampfgedanken erfaßt sein, ist etwas Heiliges, etwas Prophetisches. Der Kämpfer glaubt aus dem Tiefsten seiner Seele, weil sein Kampf die Erfüllung des Feierlichen in ihm ist. Der Kämpfer stirbt, wenn die Stunde gekommen, wie feiner, und er wartet dennoch, wenn die Stunde noch nicht ist. Er ist der Radikale im Glauben, der Extremste in seiner Liebe, und gerade aus solch ungeheurer Liebe zum Gedanken steht er als Mensch auch zum Kleinen im Tageskampf.

Darum verlangt diese Notzeit dringend dieses Erleben des Urgrunds in uns. Wir haben Stunden der Feier nötig, Stunden des Glaubens und der Besinnung auf uns selbst.

Es geht um das Große, wie einst. Und um den alten Glauben. Und aus der gleichen, einen Liebe heraus erleben wir alle das Kommende.

Wir sind Brüder! Nur aus diesem Erleben sind wir stark im Glauben und einig mit unserer ganzen trohigen Kraft.

Unter solchem Erleben der Seele zerrinnt alles Kleine und ersteht vor uns in Majestät der Gedante, dem wir dienen und dem die kämpfenden Geschlechter alle dienen vor uns.

Dr. Gustav Hoffmann.

Mutter Eller.

Der dreijährige Heinz zieht die Mutter an dem Schürzenzipfel, sieht sie bittend an und spricht: „Mutti, ich hab Hunger.“ Die Mutter beugt sich zu dem Knaben, streichelt ihn liebevoll über den blonden Krauskopf, sieht in des Kindes klare Augen und lächelt sanft. „Gleich, gleich, mein Junge. Vater kommt bald von der Schicht. Geh, spiel mit Anneliese und Elze noch ein wenig Autofahren, mit dem Wagen, den Papa auch zurüchgez macht hat.“

Elze und Anneliese sind Zwillingsschwester. Sie krabbeln, kriechen, quatschen und schreien, demolieren und zerstören in ihrer Spielwut alles, was sie in die Hände bekommen. Sie, Heinz und noch eine Schwester machen Mutter Eller manche Freude, aber auch manches Kopfzerbrechen.

Anneliese und Elze sitzen auf dem Fußboden und zerreißen einträchtig mit besonderem Vergnügen ein Modeheft, welches Mutter von der Nachbarin geschchenkt bekommen hat und daraus sie Schnittmuster für ein Kleid schneiden wollte.

Mutter Eller ist in den Keller gegangen, um Kohlen und Holz zu holen. Sie hat vergessen, das Modeheft fortzuliegen. „Na, seid ihr denn nicht Autofahren gegangen, ihr Racker?“ sagt sie verwundert, als sie in die Küche kommt. Heinz weist mit der Hand auf seine beiden Schwestern. „Die wollen nicht, Mutti, und reißen das Heft mit den schönen Bildern kaputt.“ Die beiden Mädchen sehen unschuldig und fromm wie Lämmer die Mutter an. Diese droht mit dem Finger, lächelt innerlich über den Anblick ihrer Kinder und sagt nichts. Mutter Eller ist gut, herzengut und liebt ihre Kinder. Sie erzieht sie nach neuen Grundföhgen und Anschauungen. Freiz, denkende Menschen sollen es einst werden.

Da geht die Tür auf. Schweratmend, den Korb auf die viele stellend, kommt Käthe, ein siebenjähriges Mädchen, herein. Es war im Laden. Heinz, Anneliese und Elze fallen über den Korb her. Abwehrend geht die Mutter dazwischen. „Kümpchen! Kümpchen!“ rufen sie. „Nachher, Kinder! Wir wollen erst essen!“ „Vater kommt“, ruft Käthe zwischen dem Lärm, der sich entfaltet. Schritte werden hörbar, kommen näher und näher. Die Tür öfnet sich, Vater ist in der Stube.

Er grüßt und lächelt. Die Kinder strecken die Arme nach ihm. Während Vater sich mit den Kindern abgibt, trägt Mutter Eller das norddürftige Mahl auf. Erbsensuppe. Der Vater bekommt ein Stück Speck dazu. Vater muß schwer arbeiten. Eller sieht, wie Heinz immer große Augen auf die Schwarte macht. Er schneidet den Speck, gibt Heinz ein Stück der Schwarte, dann der Mutter und den andern Kindern ein Stückchen.

„Na, Vater, ich brauch nichts“, sagt Mutter Eller. „Auch du mußt arbeiten, Mutter. Deine Bürde ist die schwerere. Deine Arbeit macht dich müde und abgespannt. Dazu kommt die Verantwortung und Sorge um die Kinder, das ewige Kopfzerbrechen, wie wir mit 35 Mark Abschlag zehn Tage auskommen müssen. Du bist stark, Mutter, heldenhaft stark. Bei all der Not, die uns von Tag zu Tag mehr über den Kopf wächst, haßt du noch einen ungebroschenen Lebensmut, Optimismus und Freude. Wo bliebe ich, wenn mich dein unbeugfamer, fester Lebenswille nicht immer wieder emporriß!“

„Vater, unsere Kinder sind unsere Lebenshoffnung. Darüber hinaus der Verband, ohne den wir nichts zu hoffen haben.“ Mutter Eller sagt es stolz, bewußt und ihre Augen glänzen dabei.

Das Mahl ist beendet. Mutter Eller steht auf und räumt das Geschirr vom Tisch. Vater liest die Zeitung. Die Kinder spielen auf dem Fußboden mit einem Humpelmann, den Mutter in den Abendstunden aus Lumpen fertiggemacht hat. „Um fünf Uhr muß ich zur Betriebsratsföhung, Mutter“, sagt Eller nach einer Weile. „Ich müßt heute eigentlich unbedingt für den Verband kassieren gehen. Aber die Sitzung geht vor. Wir haben mit der Zeichenverwaltung Wichtiges zu erledigen. Morgen muß ich in die Geschäftsstelle.“

„Vater, ich geh heute kassieren. Die Kleider von Anneliese und Elze kann ich heut abend stücken“, entgegnete ihm die Mutter. „Ach wäre dir dankbar dafür, Mutter“, erwiderte Vater. Mutter geht ja nicht das erste mal kassieren. Sie springt für den Verband immer ein, wenn es sein muß. Sie fühlt sich einfach als Verbandskamerad. Ihr ist die Organisation ans Herz gewachsen wie ihre Kinder und lieber ist sie trocken Brot, als daß sie nicht den Beitrag zahlt. Wo sie geht und steht, klärt sie die Frauen auf über die Notwendigkeit des Verbandes.

Mutter Eller ist mit ihrer Arbeit soweit fertig. Vater geht in die Sitzung. Mutter kassiert für den Verband. Zwei Menschen, die das Gemeinsame einer großen Idee bindet. Das große und schöne Ziel, an das sie unerschütterlich glauben, wird zur Kraft, die alle häuslichen Nöte und Sorgen verblasen läßt. Treppauf, treppab steigt Mutter Eller. Nichts ist ihr zuviel. Fragen, Meinungen und Gedanken tauscht sie geschickt und gewandt aus. Sie tröstet dort, wo Leid herrscht, und freut sich mit denen, denen das Leben in dieser schweren Zeit noch fröhliche Lust schenkt. Mutter Eller kämpft, marschert im Verband. Frauen nehmen auch ein Beispiel an ihr!

Mutter Eller geht heim. Mit Hallo empfangen sie die Kinder. Vater steht am Ofen und dreht die Scheiben in der Pfanne. Hei, wie das schmeckt! Nach dem Essen legt Mutter die Kinder schlafen. Dann sticht sie die Kleider. Vater erzählt von der Sitzung, Mutter von den Verbandskameraden. Dann liest Vater der Mutter aus dem Buch über Otto Huys Leben vor. Mutter hört aufmerksam zu. Als sie fertig ist mit der Arbeit, gehen sie schlafen. Morgen beginnt ein neuer Tag mit seiner Lust und seinen Nöten, mit dem Kampf um Brot und Recht für Vater und Mutter Eller, für uns alle! Walter Geier.

Der Knopf des Bergmanns.

Na, das is kein Stern, auch keine Sonne und kein Mond — das is ein Knopf, ein Hosenknopf, mein Glücksknopf, ich hab ihn mit Draht an meine Uhrkette festgemacht — schön blank is er, er hat einen dunklen Glanz, man könnt glauben, er sei aus Platin. An diesem Knopf hängt 'ne lange Geschichte, 'ne Erbschaft hängt dran, 'ne amerikanische Erbschaft — außerdem is er ein Kriegsknopf, ich hab ihn als Andenken gekriegt, von Slip Camber, dem Wälisch, dem Kollegen — ihr wißt doch, ich war in englischer Kriegsgefangenschaft. — Horrlich, Kriechan, erzähl doch mal! — Jo, das kann ich woll, seht euch alle rund um die Kanone — erst aber die Stalltüre zu — und knipst das Licht an — jawoll, schütt der Kanone drei Schippen Kohle ins Maul, wenn der Ofen seine roten Zähne zeigt, dann ist es am gemüthlichsten. Es wird draußen dunkel — aber es schneit noch immer. Wer hat Lubat? Erst mol de Piep anstecken, dann geht dat beeter, mit dat Vertällen!

Soo, also, legg los! Wir sahen im britischen Konzentrationslager, an die tausend deutsche Gefangene, wir waren ganz lustig, zu essen gabs genug, zu rauchen auch — und dann konnten wir sech sein, daß wie aus dem Kriegsdiamant hinaus waren. Besser, der Stachelbaum um uns her, als die Spiltdoorhänge des Trommel- und Sperrfeuers. — Wo's war? Auf der Isle of Wight lagen wir in „Konzentration“, 'ne warme, regnerische Insel, im britischen Kanal, warm — im Gefangenenlager gab es Lorbeergebüsch, Lorbeer im Freien. Waaas? Ob wir uns Vorbeerkränze aufs Haupt setzten? Waaas? Kerl, sei ruhig, vor wegen Vorbeeren, das war 'ne Sache für Offiziere — nicht für uns Sturmkulis. Unser Vorbeer waren heile Knochen, weiter nichts.

Schau — die Insel Wight — graue Kalkfelsen über der perlmutternen See — eigentlich hätte sie Grauz Insel heißen müssen. Eines Tages: Appell! Who is miner? Bergleute freiwillig vor. Gut, all right, wir waren woll an die zehn Kumpels, Westfalen und Schlesier — also: Ihr kommt auf Grub! Go ahead!

Wir fahren. Wir reisen. Zwei britische Soldaten mit uns. Ohne Gewehr. Nur den ungeladenen Revolver in Leder drin — am Gürtel. London. Jemand schenkte uns Zigaretten. 'n paar schöne Mädchen lächelten uns freundlich zu — Rosen und Nelken blühten plötzlich aus unsern Herzen heraus — britische Mädchen, ohne Haß — der Krieg war die große Lüge: Menschlichkeit war die große Wahrheit! Es regnete. London. Bristol. Cardiff. Swansea. Wir waren da, wo wir hin sollten. In Swansea — an der Schwanensee, im Lande Glamorgan, im Kohlen- und Eisenlande von Wales. England West. Der Sturm bläst von der See Atlantik. Regen fließt wie aus Föhren. Wir waren naß, wir wurden aber auch wieder trocken.

Soo, reiz mal der Buddel Bier den Hals auf, laß mich mal trinken. Und noch Kohlen in die Kanone, rückt näher: Kumpels, die Wärme tau die Herzen auf — jetzt kommt Slip Camber, der britische Kollege, der wälische Bergmann, der Mann mit den treuen Augen, mit der Freundschaftshand und dem Knopf — ja, hier, dieser Stahlknopf, der saß einmal an Slip Cambers Hoje, nu is er mein Glücksknopf. Tschau, juu, er hat mir Glück gebracht! Als ich nach drei Jahren Gefangenschaft heimkam, war der Storch bei meiner Frau gewesen, 'n kleines Mädchen, anderthalb Jahr alt — sie schielte, die Kleine, sie hatte graune Augen — ich hab mich gleich von ihr scheiden lassen, von ihrer Mutter natürlich auch. Meine zweite Frau: die letzte nachts meinen britischen Hosenknopf unter ihr Kopfkissen — und ihr wißt: daß mein Glück mit dem Knopf kam, ihr wißt, daß Anna mir fünf Kinder gear — zwei davon waren Zwillinge, und da jage mir keiner, daß mein Knopf kein Glücksknopf sei. Schneit's noch draußen?

Deutlicher. Gut. Also: Wales in England. Slip Camber, der Bergmann. Ich lag bei ihm in Quartier. Wir deutschen Kriegsgefangenen kamen einfach zu einem wälischen Kollegen ins Haus, da: schlaft, eht, lauft auf den Pütt, rutscht ab, arbeitet — nicht zuviel, auch nicht zuwenig — seid gute Kollegen, vertragt euch! Und wir vertrugen uns: Slip und ich, wir vertrugen uns prächtig, weil wir eine gemeinsame Liebe und den gleichen Haß hatten — den Haß gegen den Krieg, auch Slip war an der Front gewesen — unsere gemeinsame Liebe war die Liebe zu Friede und Arbeit und Pfiße und Brandy. Brandy is Brantwein, Slip Camber liebte ihn mehr als Weihwasser — den Brandy — wenn er auch gut katholisch war. Na, und ich — ihr wißt ja.

Bilbao — Bergwert.

Aus dem Baskischen.

Bilbao tanzt auf dem Rücken des Bergmanns. Aus jedem Hochofen flammt unser erzenes Herz. Nicht Cäsar hat uns unterjocht, nicht die Araber wurden unsere Herren — und uns sollte der Kapitalist kleintriegen? Nein! In den Hochöfen verbrennt sich der herrliche Finger.

Das Gold in den baskischen Bergen — unsere Märchen erzählen davon. Wir haben das Gold gehoben — Eisenerz! Die Damen von Bilbao tragen unser Gold am hohen Busen. Das Märchen schweigt heute — aber die Organisation schweigt nicht. Bergleute Europas: seid einig! Seid selber Berge! Seid selber Gold!

Baskenlied ist Baskenleid. So weit der rote Adler seinen Föhel zieht — so weit und so breit ist der Ring der Freiheit. Unser Adler ist die Sonne.

Unsere Töchter werfen den Ball — wir Männer werfen unser Herz — wo sind die Hände der Freunde — wer greift zu? Baskische Universität — baskische Zeitung — baskischer Bergmann — und spanischer Offizier: mit wem geht die Kultur?

Doch nicht Spanien ist der Feind — Spanien hat Oben und Spanien hat Unten — der Feind ist das: was immer dem Untersten erdrückend auf der Brust liegt — überall!

Die See Biskaya donnert und trommelt gegen die Felsen der baskischen Provinzen — so donnert und trommelt der Ruf zur Freiheit aufs baskische Herz.

Wir Basken sind das älteste zivilisierte Europa — wir schlagen den Voren schon mit der erznen Art, als die andern Völker noch ihr Steinbeil schwingen. Der Weg vom Steinbeil bis zur bronzenen Art war weit. Auch Vasco da Gama war ein Basko.

Bergwert! Das Werk der Berge sind wir: ihre Gipfel, ihre Bezwinger! Alle Nichtstuer sind unnützes Geröll.

Jedes Bergwert hat seine Aktien, aber jedes Bergwert hat auch seine Aktionen. Aktien werden verhandelt. Im Bergwert wird gehandelt! Unsere letzte Aktion steht noch aus.

Basken kennen keine Masken. Vascongada no mascara. Max Dortu.

Ein Jahr is 'rum, ich fühle mich gar nicht als Gefangener, ich war frei — nur alle vier Wochen kam mal 'n britischer Sergeant, nach mir zu gucken — er ließ mir immer 'ne Handvoll Zigaretten da: Sweet Cap!

Eines Tages kam 'n Telegramm. Für mich? Och nö, für Slip — 'n Telegramm aus Amerika. Goddam, what 's the matter? Soll Slip Camber den Frieden vermitteln? No, Sir. Aber Slip Camber soll 'ne Erbschaft machen. Dam, wir gratulieren!

Das Geld is da, die Erbschaft aus Amerika. Der Postbote brachte uns das Geld ins Haus — vierzig Pfund Sterling, in Papier — zweihundert Dollar waren das, dadran hatte Slips Onkel fünfzig Jahre lang gepart, er war Hüttenarbeiter in Pittsburg gewesen — also, sauer und bitter erspartes Geld. Slip, die vierzig Pfund dürfen wir nicht verkaufen. Na, wir kaufen 'ne Kuh dafür. Und die Kuh is schon da, sie steht im Stall, neben der Fiege. Wir kriegen Butter, wir kriegen Käse — und Slip hatt: 'ne neue Hoje gekriegt, 'ne gute Manchester Arbeitshoje — hier, der blanke Glücksknopf, der saß mit dran, an der Erbschaftshoje des Slip. Kuh, Hoje, Unterrock für Slips Frau, Schuhe für die Kinder — 'ne heimliche Botke Whisky — die Erbschaft war genau draufgegangen. Nicht 'n Penny blieb über. Die Kuh sagt Kuh — und Slips Frau sagt: Pretty — oih, die herrliche Mutter!

Pföhlich schlug das Unglück ein. Die Kuh kriegt 'n dicken Bauch, und sie war doch gar nicht beim Bullen gewesen — der Bauch wird immer dicker und fester — wir holen die Hebamme, den Barbier und den Pastor holen wir — aber Lovelace starb — Lovelace is tot: die arme schene Erbschaftskuh! Die Kinder und Frau Slip weinten — Slip Camber selbst aber fluchte. Und ich jagte: Holt den Butcher, den Schlachter — die tote Kuh is noch das Fleisch wert. Hurry up!

'n Plakat an Slip Cambers Haustüre: „Billiges Kuhfleisch zu verkaufen!“ Niemand kam. Slip, schreib 'n anderes Plakat. Yes! „Kuhfleisch zu verschanken!“ Abends war es weg, das Fleisch. Alles. Nur 'n mächtig Stück Cowbeef und die Silberhörner und den Kopf behielten wir von Lovelace, der Erbschaftskuh. — Den Knopf? — Jawohl, den Knopf, den Knopf von der Hoje des Genossen Slip. Der Knopf war die Ursache des Eingehens der Kuh. Beim Füttern war dem Slip ein Knopf von der Erbschaftshoje abgesprungen — Lovelace hatte ihn für 'ne Rosine gehalten, sie hatte ihn aufgeleckt, er war schlecht zu verdauen, der Knopf — er blieb der Lovelace an der Magenwand hängen — der Metzger hatte ihn gefunden: Die Kuh war am Knopf gestorben! Die Erbschaft war hin — Slip Camber stetzte den Knopf in seinen Tabaksbeutel, vielleicht bringt er da Glück?

Und der Knopf brachte Glück. Im November kam der Waffenstillstand. Aus den Wolken regneten rote und weiße Rosen. Der Sturm sang Choräle. Viele Leute weinten, besonders die Mütter, ihre Jungen kamen nicht wieder — gefallen, wofür? What for? Pumm: der letzte Schuß!

Nach 'nem halben Jahr reiste ich ab. Slip Camber und seine Frau brachten mich zur Bahn, mich, den Prisoner, der aber als Freund schied. Die Kinder weinten, Slips Frau schenkte mir 'n Taschentuch und Slip selbst — der schenkte mir, na — was? Den Knopf hat er mir geschenkt, alles, was er hatte, den Rest seiner Erbschaft, das Höchste, was er hatte: The reason of the peace. Dieser Hosenknopf brachte den Frieden!

Versteht ihr nun, warum ich den Knopf liebe? Mit Draht löst er an der Uhrkette — mehr wert als Gold oder Platin, denn er ist Symbol der Kameradschaft, des Frohsinns und der Menschlichkeit! Slip Camber in Wales — klingen dir die Ohren?

Sorge, wie brummt die Kanone, der Ofen — Slip Camber brummet leise für sich hin: All men are brothers! Alle Menschen sind Brüder! Draußen schneit es. Max Dortu.

Zum Lohnkonflikt

im niederschlesischen Steinkohlenbergbau.

Zur Beilegung des Lohnkonflikts im niederschlesischen Steinkohlenbergbau tagte eine Schlichterkammer am 28. Januar. Die Unternehmer hatten die Herabsetzung der Tarifföhne um 10 Prozent gefordert. Sie begründeten die Lohnherabsetzung mit der Kohlenpreisermäßigung um 6 Prozent. Die Schlichterkammer hat dem Willen der Unternehmer nicht stattgegeben, sondern hat folgenden Schiedspruch gefällt:

„Die nach dem Schiedspruch vom 31. Januar 1930 geltenden Löhne der Lohnordnungen (Waldenburger und Neuroder Revier) werden ab 1. Februar 1931 in allen Positionen, mit Ausnahme der Sozialzulagen und den in den Fußnoten Seite 1 und 3 festgelegten Sonderzuschlägen, um 5 Prozent herabgesetzt. Diese Lohnregelung kann mit einmonatiger Kündigungsfrist erstmalig zum 31. Juli gekündigt werden.“

Erklärungsfrist Montag, den 2. Februar, mittags 12 Uhr.“

Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten!

Am 26. August 1925 ließen die Unionführer mit „revolutionären“ Gruß das letzte Rundschreiben an ihre Ortsgruppenleiter und Kassierer hinausgehen. Es schloß mit den Worten: „Zum Schluß betonen wir noch, daß unsere Genossen alle Kraft daransetzen müssen, auch das letzte Mitglied unserer Organisation, in den Bergarbeiterverband, zu überführen, um dort gemeinsam weiterzukämpfen im Sinne der revolutionären Industrie-Gruppe Bergbau-Union für die Befreiung des Bergproletariats.“

Zum 1. September 1925 mußte die damals von dem Etki gewollte Ueberführung durchgeführt sein. Die Ueberführung vollzog sich nicht nach den Wünschen des allmächtigen Etki. Große Teile der Unionmitglieder sind nicht übergetreten und selbst die damaligen Führer der Union (Sobotka, Baum, Jäger, Springer und Genossen) haben mit gemischten Gefühlen die Liquidation durchgeführt. Denn diese kam nicht durch die Führung der Reichsleitung oder durch die Wünsche der Mitgliedschaft, nein, die Liquidation war befehlsgemäß von Moskau angeordnet. Wochenlang, ja monatelang war ein Kampf zwischen dem Etki einerseits und dem Zentralkomitee der RPD. andererseits. Die damaligen Mitglieder der Zentrale unter Führung von Maslow und Ruth Fischer waren gegen eine Vereinigung. Doch mußten diese Moskau nachgeben und später selbst über die Ringe springen. Moskau sandte einen Kommissar mit dem Auftrag: Alle Unions sind in die freien Gewerkschaften zu überführen! Die Leitungen der Unions waren aus verständlichen Gründen Gegner dieses Auftrags. Da griff die Parteileitung ein. Bald war die Führung der Union von dem Parteiapparat niedergedrungen. Damals war durch den Tod Lenins und die Nachfolge Stalins die Situation so, daß Moskau an einem Bestehen kommunistischer Gewerkschaften kein Interesse hatte.

Heute scheint es geboten, wieder „revolutionäre“ Gewerkschaften zu gründen, weil Moskau es wünscht. Erstaunlich ist hierbei, wie alles leninistisch begründet wird, obwohl gerade Lenin in seiner bekannten Broschüre „Die Kinderkrankheiten des Kommunismus“ seiner Ansicht gegen das Bestehen derartiger Gewerkschaften Ausdruck verliehen hat. Daher hat es mit der Gründung des „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“ eine besondere Bewandnis. Diese dürfte sein, daß der Taktik der Kommunistischen Internationale jeder Erfolg in den letzten Jahren versagt blieb. Auf allen Gebieten des angeblichen kommunistischen Klassenkampfes haben die Erfolge sich ins Gegenteil verkehrt zugunsten der Reaktion, des Hakenkreuzes. Die Arbeiter sind nicht präpariert für die Kommunisten, sondern durch den Bruderkampf laufen sie den Phrasen um Hülfe nach. Das Parteischiff der RPD. ist in Not, daher braucht die Partei eine Gewerkschaft. Moskau will es so und daher wird es durchgeführt. Nicht, um der Arbeiterschaft zu helfen oder gegen den Unternehmer Kampfgruppen zu haben, davon sind die Kommunisten weit entfernt! Sie werden wohl mal wieder Siegesberichte nach Moskau gedruckt haben und Moskau hielt den Zeitpunkt für die Neugründung für gegeben. Ob aber die Ruhrbergarbeiter sich einfangen lassen, ist eine andere Frage.

Die geht in den Vordergrund getretenen Führer Gallinat, Agag, Saefkow und Florin sind mit den Ruhrbergarbeitern zu wenig verwachsen, um wirklich erfolgreich mit einer Neugründung für die Bergarbeiter Erfolge zu zeitigen. Die Akteure vom „Burgacker“ in Duisburg kennen den Bergmannsberuf nur vom Hörensagen, vom Bergbau ganz zu schweigen. Die Zentrale hat mit ihrem „glorreichen Führer“ des Ruhrproletariats, Florin, schon einmal ein Fiasko erlitten, indem dieser im Jahre 1926 der kommunistischen Bewegung 15- bis 20 000 neue Parteimitglieder zuführen sollte. Wir wollen von dem Parteiapparat nicht reden, doch dem „glorreichen Führer“ des Ruhrproletariats, Florin, muß als Verantwortlichem für die sinnlose Gründung gesagt werden, daß das, was er auf politischem Gebiet nicht fertigbrachte, er auf gewerkschaftlichem noch weniger fertigbringen wird. Die Bergarbeiter werden dieser Zerpfliederung ihren Tribut bringen müssen, so oder so! Und die Opfer?

Das sinnlose Treiben der RGD. hat heute schon in seinem Anfang hunderte Kumpels der Arbeitsstelle beraubt. Diese müssen jedem vernünftigen Menschen leid tun. Wegen dem Glauben an eine gute Sache sind sie jetzt das Opfer der Unvernunft, der Dummheit, der politischen Phantastien und der gewerkschaftlichen Unerfahrenheit der Florin, Saefkow, Agag und Genossen. Moralsch wäre die RPD. verpflichtet, den Opfern zu helfen. Wird die RPD. das tun? Oder soll nach der alten Rattenfängertaktik es gehen wie immer? Den Opfern hat man bis heute nie geholfen. Für die „glorreichen Führer“ der Union, der RPD. und der RGD. hier es: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Der neugegründete „Einheitsverband“ wird es in Zukunft genau so machen. Eines Tages, wenn Moskau es für notwendig hält, kommt der Liquidationskommissar, und das Ruhrproletariat, in erster Linie der Bergarbeiter, ist wieder um eine Hoffnung ärmer. Die Akteure aber warten auf neue Weisungen und werden sich umpuppen und wieder vorstellen. Das sind dann „glorreiche Führer“, die ihre Taten „Klassenkampf“ nennen!

Die Ruhrbergarbeiter haben vom „Einheitsverband“ nicht Einheit, sondern Zerpfliederung zu erwarten. Es beginnt die bekannte Methode der letzten zehn Jahre um die Gewerkschaftsfrage mit dem Satz: „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“ Der Pleitegeiger der dritten Internationale trägt heute „Einheitsverband“, bald aber lautet sein Ruf: „Zurück in die freien Gewerkschaften!“ Den Schaden haben die Bergarbeiter, daher seien alle Kumpels gewarnt! Die Interessenvertretung der Bergarbeiter ist nur der Bergbauindustriearbeiterverband!

Wilhelm Futter.

Heinrich Hansmann 70 Jahre.

Am 8. Februar vollendet Heinrich Hansmann, einer unserer bekanntesten Funktionäre, das 70. Lebensjahr. Wenn zu irgendeiner Zeit Hochburgern unseres Verbandes genannt wurden, so befand sich darunter der Bezirk Eichlinghofen. Wenn Einzelpersonlichkeiten auch nicht eine Bewegung machen, so sind sie doch oft genug von entscheidender Bedeutung für Stand und Entwicklung einer Organisation. Wenn Eichlinghofen immer einen so guten Ruf im Verbandsleben hatte, so war das nicht zuletzt das Werk unseres Jubilars.

Geboren in ärmllichsten Verhältnissen, seine Kindheit verlebend in der bösen Krisenzeit der siebziger Jahre, lernte er schon früh das Proletarierlos kennen. Im Bergbau selbst war er ein kenntnisreicher Spezialarbeiter, Schachthauer usw.

Der Streik von 1889 sah ihn als Delegierten der Schachtanlage Germania bei Marten in den vordersten Reihen der Kämpfer. Bei der Gründung des Verbandes wurde er Vertrauensmann der Zahlstelle Eichlinghofen bis 1906. Als 1893 der Solidaritätsstreik mit der Saar ausbrach, stand Hansmann mit an der Spitze der Bewegung und wurde dafür ein halbes Jahr gemaßregelt.

Im gleichen Jahre wählten ihn die Sozialdemokraten unter dem alten Dreiklassenwahlrecht als Gemeindevorsteher in den Gemeinderat seines Dorfes. Er blieb es bis 1918 und wurde dann Gemeindevorsteher, bis 1929 eine Anzahl Dörfer zusammengelegt wurden. In der Parteibewegung seines Wahlkreises Dortmund trat er immer hervor und es ist nicht zuletzt seinem Einfluß zu verdanken, daß der Osten und Südosten des Wahlkreises immer einen besonderen Stützpunkt der Bewegung bildeten. Von 1921 bis 1924 war Hansmann Mitglied des Reichstags.

Aus unserem Verbandsleben läßt sich der Name Heinrich Hansmann kaum wegdenken. Von 1893 bis 1907 war Hansmann Mitglied und Obmann des Kontrollausschusses, Verlags- und Druckereigeschäft des Verbandes tragen seinen Namen. Nach seiner Maßregelung 1905 wurde Hansmann als Bezirksleiter für den Bezirk, spätere Geschäftsstelle Eichlinghofen angestellt. 21 Jahre lang, bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres, versah er dieses Amt mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit. Dr. Spethmann hat in seiner Geschichtsklitterung dem Kameraden Hansmann auch ein Denkmal gesetzt, indem er ihn viele Male erwähnt als denjenigen Angestellten des Verbandes, der mit besonderer Zähigkeit auf allen Schachtanlagen seines Bezirkes sich der Interessen seiner Kameraden annahm und immer wieder den Anspruch erhob, daß der Vertreter unseres Verbandes als der Vertreter der Bergarbeiter anzusehen sei. Eine Reihe von Generalversammlungen unseres Verbandes sahen Hansmann als Delegierten. In der Knappschafsbewegung leistete Hansmann sehr viel. Er war Knappschafsaltester von 1898 bis 1906 und als solcher auch stellvertretendes Vorstandsmittglied der Knappschaf.

Was er auf dem Gebiet der persönlichen Agitations- und Organisationsarbeit, durch Belehrung in Versammlungen, was er insbesondere durch das Beispiel seiner untadligen Persönlichkeit dem Verbandsmitglied hat, das läßt sich überhaupt nicht beschreiben. Ob es sich um Fragen des Arbeitsverhältnisses, der Knappschaf, der Organisation, ob es sich um sonstige Bedrängnis handelte, immer fanden die Kameraden in ihm einen verständnisvollen hilfsbereiten Freund. Wenn die besten Namen aus der Verbandsgeschichte genannt werden, so wird darunter der Name Hansmann nicht fehlen.

Wir sind sicher, im Namen aller Verbandskameraden zu sprechen, wenn wir unserem alten Freund noch eine Reihe von Jahren als ungetrübten Lebensabend wünschen.

Aus Mitteldeutschland.

Kaliarbeiter billigen die Haltung der Gewerkschaften.

Am 25. Januar fand in Magdeburg eine Funktionärskonferenz der Gewerkschaften für den deutschen Kalibergbau statt, die Stellung zu den abgeschlossenen Tarifbewegungen nahm. Kamerad Martmöller vom Vorstand des Bergbauindustriearbeiterverbandes gab in seinem Verhandlungsbereich bekannt, daß das Ziel, welches sich die Gewerkschaften anlässlich der Kündigung des Mehrarbeitsabkommens angesetzt hatten, nicht erreicht wurde. Wie aus der vorliegenden Vereinbarung zu ersehen ist, bleibt es bis zum Herbst dieses Jahres bei der jetzt geltenden Arbeitszeit.

Die Ursache, daß in dieser Frage nicht das erreicht wurde, was wir alle wünschten, ist in der Haltung der deutschen Unternehmerverbände zu suchen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in Rundgebungen sehr scharf zum Ausdruck gebracht, daß eine Arbeitszeitverkürzung im gegenwärtigen Zeitpunkt unter keinen Umständen durchgeführt werden dürfe. Diese Haltung der Unternehmer hat auch in den letzten Monaten durch das staatliche Schlichtungswesen Unterstützung gefunden. In allen Arbeitszeitbewegungen des Bergbaues wurden Schiedsprüche gefällt, die die geltende Arbeitszeit beibehielten. Von den Unternehmern war bekanntlich im Anschluß an die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens der Mantel- und der Lohnarbeitsvertrag gekündigt. Die Bestrebungen der Kaliindustriellen gingen darauf hinaus, bei einer eventuellen Verkürzung der Arbeitszeit eine wesentliche Lohnherabsetzung durchzuführen. Diese Absicht konnte durch die getroffene Vereinbarung verhindert werden. Sowohl der Mantel- als auch der Lohnarbeitsvertrag wurden wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die bestehenden Löhne einschließlich Prämien- und Leistungszuschläge den Arbeitern garantiert werden. Zum Mantelarbeitsvertrag gelang es, einige Vergünstigungen zu erzielen, insbesondere, daß den jugendlichen Arbeitern ein Tag Urlaub mehr als bisher gewährt wird und daß den Gewerkschaftsmitgliedern, die an Kurzen ihrer Organisation teilnehmen sollen, jetzt ebenfalls unbezahlter Urlaub gegeben werden muß.

Geht man bei der Würdigung dieses Verhandlungsergebnisses von den allgemein wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen aus, so kann festgestellt werden, daß im Kalibergbau der allgemeinen Lohnabbaupolysche ein Halt geboten wurde. Unter den gegebenen Umständen war ein größerer Erfolg nicht zu erreichen.

In der Aussprache, an der sich Delegierte aus allen Revieren beteiligten, wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kaliindustrie an und für sich durchaus in der Lage wäre, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Kein Delegierter veranlaßte aber die Schwierigkeiten, die angesichts der ungeheuren Wirtschaftskrise zur Durchsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung bestehen.

Bemerkenswert war, daß ein Delegierter, der der RPD angehört, die Vereinbarung gegenüber anderen Abschlüssen als einen

Lichtbild bezeichnete und die Haltung der Gewerkschaften billigte. Das Treiben der RGD. wurde allgemein von der Konferenz abgelehnt und ausgesprochen, daß ihre Taktik nur gelehrt würde von den Gesichtspunkten der Zerstückelung der Gewerkschaften. Nach einem kurzen Schlußwort von Martmöller wurde von der Konferenz die Haltung der Gewerkschaften in diesem Tarifstreit einstimmig gebilligt.

Konferenz in Senftenberg.

Am 25. Januar tagte in Senftenberg eine Delegiertenkonferenz unseres Verbandes für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, welche sich eingehend mit der derzeitigen Wirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues befaßte. Referent hierzu war der Verbandsvorsitzende Kamerad August Schmidt (Bodum). — Nachstehende Entschlüsse wurden angenommen:

„Die am 25. Januar 1931 in Senftenberg tagende Delegiertenkonferenz, welche rund 30 000 Braunkohlenbergarbeiter vertritt, erhebt schärfsten Einspruch gegen die willkürlichen, nach rein kapitalistischen Methoden erfolgten und noch in Aussicht stehenden Stilllegungen von Betrieben und Entlassungen von Bergarbeitern. Es ist ein wirtschaftlicher Unfug, in der Zeit des Absatzmangels und Warenüberflusses in der mitteldeutschen Braunkohle noch eine Schichtzeit von täglich 9 1/2 Stunden zu haben. Die Konferenz hält es für erforderlich, daß sofort im Wege einer Verordnung die Leistung jeder Ueberarbeit über täglich 8 Stunden hinaus verboten wird.“

Darüber hinaus fordert die Konferenz, daß vor jeder Stilllegung eines Betriebes oder Entlassung von Arbeitern eine weitere Streckung der Arbeitszeit unter 8 Stunden stattfindet. Die Entlastung des Arbeitsmarktes, die Verringerung der großen Zahl der Erwerbslosen bedingt darüber hinaus eine erhebliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Wo dennoch in Einzelfällen Stilllegungen oder Entlassungen nicht zu vermeiden sind, ist durch Gesetz zu bestimmen, daß der Unternehmer jedem zur Entlastung gekommenen Arbeiter für die Dauer der Arbeitslosigkeit, mindestens aber für ein Jahr eine Entschädigung zu zahlen hat in Höhe des vollen Verdienstes.

Eine Hebung der Wirtschaftskrise hält die Konferenz nur für möglich, wenn der Inlandsabfahrl der Waren gesteigert wird, was aber nur möglich ist, wenn die Konsumfähigkeit der Arbeitnehmer erhöht, die Einkommen nicht gemindert, sondern die Kaufkraft gestärkt wird.

Die Konferenz erwartet, daß die amtlichen Stellen den Ernst der Zeit endlich erkennen und auch demgemäß handeln und den Erfordernissen der Arbeiterschaft mehr als bisher Rechnung tragen wird.

Die Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel haben den Nachweis erbracht, daß das jetzige kapitalistische Wirtschaftssystem zur Regelung des Arbeitsmarktes untauglich ist. Die Arbeiterschaft ist aber nicht gewillt, die Folgen der Krise, verbunden mit einer von den Unternehmern geschaffenen Ueberkapazität mit Verteuerung des Produktes, zu tragen.

Die Konferenz fordert die Bergarbeiter auf, alle Kräfte zusammenzufassen, eine einige starke Organisation zu schaffen und den letzten Bergarbeiter zu organisieren, denn Einigkeit macht stark!

„Die am 25. Januar 1931 in Senftenberg tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands nimmt mit Erbitterung von der Tatsache Kenntnis, daß die Reichsregierung trotz wiederholter Versprechungen bisher nicht die erforderliche Hilfe vom Reich erhalten hat. Seit der Hauptversammlung der Reichsregierung vom 21. November 1930 sind inzwischen zwei Monate ins Land gegangen, ohne daß die zuständigen Stellen des Reiches sich auch nur den Anschein gegeben hätten, daß sie ernsthaft bestrebt wären, die den Bergarbeitern gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Die Unruhe in der aktiven Bergarbeiterschaft ist auf den Siedepunkt gestiegen. Die Invaliden und deren Familien bangen um einen ruhigen Verlauf ihres Lebensabends.“

Die Reichsregierung hat der öffentlichen Wohlfahrtspflege durch ihre Pensionsversicherung schon Dienste erwiesen, die zu allererst den Stellen unbekannt sein könnten, an welche wir in zwölfter Stunde unsere dringende Mahnung zur Einsicht richten.

Durch Abtretung des Saargebiets, Elsaß-Lothringens und Ost-Oberschlesiens sind Lasten entstanden, die ausschließlich von den Bergarbeitern des neuen Reichsgebietes getragen werden müssen. Der durch die Folgen des Weltkrieges geschwächte Gesundheitszustand und die damit verbundene hohe Zahl der Invaliden verursacht ebenfalls der Reichsregierung ungeheure Kosten. Der Tag, an welchem den bergfertigen Menschen gesagt werden müßte, daß ihre teuer verdienten Pensionen nicht mehr zur Auszahlung gelangen könnten, wäre der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung.“

Die heutige Konferenz fordert daher von den zuständigen Stellen des Reiches unverzüglich wirksame Hilfe für die notleidende Bergarbeiterschaft und ihre Familien. Die bereits in dieser Hinsicht von der Leitung unseres Verbandes geleistete Arbeit wird von der Konferenz ausdrücklich anerkannt.“

„Mehr Schutz den Bergarbeitern für Leben und Gesundheit!“ ist der Ruf, der immer wieder seitens der Bergarbeiter erhoben werden muß. Die Bergarbeiter leiden unter verschiedenen Ländergesetzen für den Bergbau. Ein Reichsberggesetz wartet noch auf seine Verwirklichung. Im Freistaat Sachsen, wo in der Frage des Bergarbeiterlohnes gegenüber den anderen Ländern die Bergarbeiter einen Schritt weiter vorwärts gedrungen sind durch die Einführung der Beiräte für die Braunkohle, wird seitens des Oberbergamts Freiberg versucht, diese Einrichtung zum Schutze der Bergarbeiter illusorisch zu machen. Aus Sparhintergedanken sollen die Rechte der Beiräte beseitigt werden, indem man solchen die Reisen in die Reviere nicht bewilligt und dadurch der Beirat mit den Betrieben und deren Belegschaften nicht mehr in Berührung kommen kann. Diese Maßnahme verurteilt aufs schärfste die heutige Konferenz. Sie ersucht daher die Organisationsleitung, dafür Sorge zu tragen, daß die Beiräte zum Schutze der Bergarbeiter beibehalten werden und ihnen die Wirkungsmöglichkeit nicht genommen wird.“

Wir bitten,

Taschenkalender für 1931, die nicht mehr verkauft werden können, sofort unter Angabe der betr. Rechnungsnummer zurückzusenden an

Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bodum, Wiemelhauser Str. 38-42

Der alte Manteltarif bekehrt weiter!

Der gekündigte Manteltarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde durch Vereinbarung zwischen den Tarifparteien in seiner alten Fassung wieder in Kraft gesetzt. Er kann erstmalig zum 31. August 1931 gekündigt werden.

Bezirksversammlung der halle'schen Knappschaff.

Am 28. Januar fand die Bezirksversammlung der halle'schen Knappschaff statt, die sich mit der Aenderung der Sondervorschriften, Vorlegung des Geschäftsberichts für 1929 und dem Bericht über die Sonderlast nach § 128 RRG beschäftigte. Der Vorsitzende, Bezirksleiter E d d i g a u, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen.

Die vom Vorstand beantragten Aenderungen der Sondervorschriften wurden notwendig durch den Erlaß der Notverordnungen vom Juli und Dezember 1930. Die Aenderungen wurden einstimmig beschloffen. Wesentlich in diesen Bestimmungen ist die Aenderung des § 35 der Sondervorschriften, nach der Familienangehörige eine Gebühr für einen Kurschein nicht zu bezahlen brauchen. Gleichfalls wurde für die Ehefrau von verstorbenen Mitgliedern die Gewährung von Zinsen in die Sondervorschriften aufgenommen. Voraussetzung ist, daß die Verstorbenen 50 Proz. zu den Kosten beitragen.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung erläuterte der Knappschaffsdirektor den Geschäftsbericht für das Jahr 1929. Er führte aus, daß in der Arbeiterabteilung der Krankentasse die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr von 38 196 auf 37 745 oder um 1281 zurückgegangen ist. Die Beiträge konnten während des Geschäftsjahres von 7 1/2 auf 7 3/4 Prozent ermäßigt werden. Bei den Krankentagen trat ein leichter Rückgang ein. Wochenhilfe wurde in 2262 Fällen gewährt. In den drei Krankenhäusern Carlsfeld, Hohenmölsen und Bleicherode wurden während des Berichtsjahres 5645 Mitglieder und kurberechtigte Familienangehörige an 134 456 Verpflegungstagen behandelt. Für Familienangehörige wurde in 2138 Fällen Krankenhauspflege gewährt.

Nach dem Rechnungsbericht betrug die Einnahme aus Beiträgen, Kapitalanlagen und Sonstigem 7 141 089,10 M., demgegenüber steht eine Ausgabe von 5 814 777,41 M., so daß ein Ueberschuß von 1 326 311,69 M. verbleibt. Bei den Ausgabenposten ist hervorzuheben, daß an Krankenhaus-, Haus- und Taschengeld 2 832 471,36 M., für Krankenhauspflege 1 082 147,71 M., für Krankenbehandlung 818 563,11 M., für Arzneien und sonstige Heilmittel 398 353,31 M., für Verwaltungskosten 238 771,58 M. ausgezahlt wurden. Die Verwaltungskosten betragen 3,34 Prozent der Einnahme. Für die halle'sche Knappschaff ist damit ein außerst günstiger Verwaltungskostenfaktor erreicht.

In der Pensionsversicherung ist ein Rückgang von 1938 Mitgliedern festzustellen. Die Zahl der Invaliden vermehrte sich gegenüber dem Vorjahr um 568. Gleichfalls ist eine Steigerung der Zahl von Witwen und Waisen festzustellen. An Pensionen wurden auf Grund der Gemeinlast 2 353 470,48 Mark, an Rindergeld 166 960,30 M., an Witwenpensionen 713 828,62 M., an Waisengeld 34 543,05 M. gezahlt. An Bestattungsbeihilfe wurden in 307 Fällen 45 966,07 M. ausgezahlt. Für freie ärztliche Behandlung und Arznei an Knappschaffsinvaliden wurden 93 264,41 M. gewährt.

Zu Punkt 3: Bericht über die aufzubringende Sonderlast, wurde bekanntgegeben, daß auf Grund der Verbrüning die mit wesentlich bergmännischen Arbeiten beschäftigten Mitglieder keinen besonderen Zuschlag zu dem Beitrag mehr zu zahlen brauchen. Die Einnahmen beliefen sich auf 1 785 158 M., denen Ausgaben in Höhe von 1 317 121,22 M. gegenüberstehen, so daß ein Ueberschuß von 468 036,78 M. verbleibt.

Aus dem Saargebiet.

Aenderungen in der Saar-Knappschaffsverwaltung.

Der bisherige Inhaber der stellvertretenden Direktorstelle hat wegen Erreichung der Altersgrenze seine Pensionierung beantragt, die auch genehmigt wurde. Nach Ueber einstimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Verwaltung schon seit Jahren war die Neubesezung der Stelle im Interesse eines reibungslosen und korrekten Verwaltungsdienstes eine unabwendbare Notwendigkeit. Für uns trat ein besonders wichtiger Moment hinzu, nämlich, unseren schon auf vielen Konferenzen zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen, die Vertrauensleute der Versicherten in den Verwaltungsapparat einzugliedern, zum Durchbruch zu verhelfen. Jahrelang hat sich der Arbeitgeber diesen Bestrebungen widersetzt. Es war nur durch Verhandlungen im Verwaltungsausschuß möglich, den Arbeitgeber von seinem ablehnenden Standpunkt abzubringen.

Bis dahin ging alles gut. Auch die Vertreter des Gewerkschaftsvereins waren in dieser grundsätzlichen Frage immer mit uns einig. Als wir nach dem Grundgesetz handelten, nur einen fähigen und tüchtigen Menschen in Vorschlag zu bringen und dazu unseren Kameraden Hoffmann nannten, haben die Vertreter des Gewerkschaftsvereins ihre bisherige grundsätzliche Einstellung aufgegeben und waren plötzlich der Meinung geworden, daß es nicht angängig sei, den Vertrauensmann zum leitenden Beamten zu besteuern. Diese Haltung schlug in droffen Gegensatz zu der früheren Einstellung des Gewerkschaftsvereins um, als er gemeinschaftlich mit uns in mehreren Vorstandssitzungen und Generalversammlungen diesen Grundgesetz vertreten hat.

Wir hatten keine Veranlassung, unsere bisherige Einstellung zu ändern, und haben deshalb an dem Vorschlag Hoffmann für die stellvertretende Direktorstelle in dem Bestreben, Versichertenvertreter in den Verwaltungsapparat einzugliedern, festgehalten. Der Gewerkschaftsverein hat nun seinerseits, da er mit dem Vorschlag Hoffmann nicht einverstanden war, einen eigenen Kandidaten in Vorschlag gebracht, und zwar Herrn Dr. Schäfer, zur Zeit bei der „Landeszeitung“ beschäftigt. Der Arbeitgeber lehnte jedoch sofort ab mit der Begründung, bei den heutigen schwierigen Verhältnissen sei es nicht angängig, neue Beamte von draußen hereinzunehmen. Diesem Standpunkt traten wir bei, so daß die Kandidatur Dr. Schäfers keine Aussicht mehr hatte. In der Vorstandssitzung ließ der Gewerkschaftsverein diesen Kandidaten fallen und brachte einen der vorhandenen Beamten in Vorschlag. Die christlichen Angestelltenältesten brachten ebenfalls einen Beamten des Hauses (aber einen anderen) in Vorschlag. Für uns galt es nun, ob wir für einen Beamten des Hauses, der uns mit Haut und Haaren nichts angeht, stimmen sollten, oder ob es unsere Pflicht sei, durch die Wahl Hoffmanns den Einfluß der Versicherten in der Verwaltung zu fördern. Die Wahl konnte uns nicht schwer fallen, um so mehr, als wir unsere Ältesten und die Mehrheit der Versicherten hinter uns wußten. Und so stimmten wir für Hoffmann. Derselbe wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber zum stellvertretenden Direktor gewählt. Auch der Vertreter der Fördermaschinenisten, der sich anerkennenswerterweise nur von sachlichen Erwägungen leiten ließ, hat für unseren Vorschlag gestimmt.

Zu den Ausführungen des Gewerkschaftsvereins, der gegen die Wahl Hoffmanns redete, gaben unsere Ältesten folgende Erklärung ab:

„Zu den Ausführungen des Kameraden Jakob Michely hätten wir zunächst zu bemerken, daß die Verminderung der Mitgliederzahl eine Arbeitsverminderung bei der Verwaltung nicht gebracht hat. Durch die dauernden Gesetzesänderungen und die dadurch bedingten Komplikationen sind umfangreiche Umrechnungsarbeiten nebst dauernder Arbeitserleichterung in Erscheinung getreten. Die Verwaltung hat dauernd darauf hingewiesen und hat damit gerade neben anderen Vorkommnissen die Befehung der stellvertretenden Direktorstelle für notwendig gehalten. Die Vertreter der beiden Gewerkschaften haben auch dauernd die Notwendigkeit anerkannt und haben aus diesen Gründen auch der Bestellung des Oberamtmanns Thinnos zum stellvertretenden Direktor zugestimmt.“

Als Herr Thinnos dienstunfähig wurde, trat die Verwaltung erneut an uns heran mit der Vorlage, die Stelle zu besetzen. Auch damit waren die Vertreter der beiden Gewerkschaften einverstanden. Erst als die Personenfrage in ein akutes Stadium rückte, machten sich gegenteilige Auffassungen bemerkbar.

Wir hielten es für richtig, unseren Vertrauensmann Hoffmann in Vorschlag zu bringen, um der bisherigen einmütigen Richtung, die Vertrauensmänner als leitende Abteilungsbeamte anzustellen, Rechnung zu tragen. Von dem Vertreter des christlichen Gewerkschaftsvereins wurde in einer Besprechung des Verwaltungsausschusses ein Herr Dr. Schäfer in Vorschlag gebracht. Wir sind deshalb ericaunt darüber, daß nicht nur dieser Vorschlag heute fallen gelassen, sondern auch darüber hinaus die bisherige anerkannte Notwendigkeit der Befehung der Stelle verneint wird. Diese Umstellung kann nicht auf sachliche Gründe zurückgeführt werden, vielmehr scheinen hier nur persönliche Momente maßgebend gewesen zu sein.

Wir sind außerstande, von unserer bisherigen Auffassung abzuweichen, zumal auch die Verwaltung über die Notwendigkeit der Befehung der Stelle ihre Auffassung nicht geändert hat.

Aus all diesen Gründen können wir auch dem vom Kameraden Jakob Michely gestellten Vertragsantrag nicht zustimmen. Zu der Behauptung des Vorredners, die Berufung des Vertrauensmannes Hoffmann zum stellvertretenden Direktor würde gegenüber dem bisherigen Zustand für die Knappschaff eine Mehrbelastung bedeuten, vermögen wir im Moment nicht Stellung zu nehmen, da uns eine Prüfung derselben auf ihre Richtigkeit im jetzigen Augenblick nicht möglich ist. Jedoch dürfen wir auch hier wieder darauf hinweisen, daß Kamerad Hoffmann auf eine höhere Eingruppierung keinen Wert legt und bereit ist, zu denselben Besügen, wie sie dem bisherigen Inhaber der Stelle gewährt wurden, die Stelle zu übernehmen.

Nach all diesen Feststellungen stimmen wir dem Vorschlage des Vorstehenden zu.“

Die gehässigen Bemerkungen, die in der Zentrumspreffe zu dieser Wahl zu lesen waren, offenbaren den Schmerz über den Durchfall ihres Kandidaten. Wäre er gewählt worden mit den Stimmen des Arbeitgebers, dann wäre alles in Ordnung und die Zentrumspreffe hätte gebuhelt über den errungenen Sieg gegenüber dem alten Verband.

Natürlich darf bei diesem Geisern auch die kommunistische sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ nicht fehlen, da sie mal wieder Gelegenheit hatte, ihr Schimpfgeflöck gegen die „korrupten Bonzen“ in Anwendung zu bringen. Uebrigens, wo es gilt, gegen die Arbeiterschaft zu stehen, ist sie dabei, ob der Angriff vom Zentrum, von Nazis oder sonstiger reaktionärer Organisation kommt. Ob der Zentrumspreffe und der sogenannten „Arbeiter-Zeitung“ unsere Entscheidung gefällt oder nicht, läßt uns kalt. Für uns ist maßgebend, daß wir wissen, im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt zu haben.

Der Gewerkschaftsverein hat in seinem „Bergknappen“ vom 24. Januar die Ausführungen seines Vertreters im Knappschaffsvorstand veröffentlicht, die natürlich vollständig daneben hauen. Zunächst handelte es sich nicht um eine zweite Direktorstelle, sondern um die Neubesezung der verwaisten Bürodirektorstelle, deren Notwendigkeit selbst vom Gewerkschaftsverein bis in die letzten Tage vor der Wahl anerkannt wurde. Während der Gewerkschaftsverein sich plötzlich für einen Akademiker erklärte, setzten wir uns für die Wahl eines Arbeiters ein. Dieser Standpunkt müßte auch vom Gewerkschaftsverein vertreten worden sein, da ja die Arbeiter die Hälfte der Beiträge aufbringen müssen und somit auch ein Anrecht haben, einflußreiche Stellen in der Verwaltung zu besetzen. Mit dem Sparankheitsfimmel, von dem der Gewerkschaftsverein ansetzend nur jetzt befallen ist, scheint es nicht allzuweit her zu sein. Hoffmann bezieht nicht mehr Gehalt als sein Vorgänger, obwohl er ein weit größeres

Arbeitspensum zu erledigen hat. Durch die Wahl Hoffmanns entsteht der Knappschaff keine Mehrbelastung, sondern durch die Einsparung einer Stelle hat die Knappschaff eine Ersparnis von 48 445,80 Fr. jährlich. Dagegen wäre der ursprüngliche Vorschlag des Gewerkschaftsvereins, einen neuen Beamten von draußen anzustellen, durchgegangen, was ohne die Stimmen des französischen Arbeitgebers ebenfalls nicht hätte gehen können. Dann hätte die Knappschaff eine Mehrbelastung von 88 946,20 Fr. erfahren. Was ist nun sparsamer, 48 445,80 Fr. Ersparnis oder 88 946,20 Fr. jährliche Mehrbelastung? Die Antwort muß sich jeder selbst geben. Was war nun zweckdienlicher, einen Akademiker oder einen Arbeiter mit der Stelle zu beauftragen?

Der Gewerkschaftsverein hat also gar keine Ursache, in dieser Form gegen den Verband vorzugehen, zumal auch vom organisatorischen Standpunkt aus gesehen der Verband ein Anrecht auf diese Stelle hatte.

Auch die kommunistische sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ glaubt sich zugunsten eines Akademikers gegen einen Arbeiter einstellen zu müssen und tutet in dasselbe Horn wie der Gewerkschaftsverein. Dabei scheint sie nicht zu wissen, daß noch auf der letzten Generalversammlung ihre zwei RGD-Ältesten mit den Stimmen des „französischen Ausbeuters“ verschiedenen Verbesserungen zugestimmt haben.

Auch die Wahl Hoffmanns bedeutet eine Verbesserung der Position der beitragszahlenden Bergleute. Gerade deshalb haben ihn die Verbandsältesten mit Zustimmung des Arbeitgebers und eines Angestelltenältesten gewählt.

Ehre, dem Ehre gebührt!

Laut Lohntarif vom 16. November 1929 ist festgelegt, daß Bergleute und Kohlefahrer die Lohnklasse II und die Zulageklasse III erhalten sollen. Das heißt, sie sollen eine Zulage von 0,70 bis 1,00 Fr. erhalten. Wer aber glaubt, daß das so ohne weiteres durchgeführt wird, der irrt sich oftmals. So kam es, daß durch Aufklärung unseres Arbeiterauschusses Dupont, welcher immer unparteilich ist, ob es sich um Ehrliche oder Freiorganisierte handelt, eine Klage am Tarifausschuß Heiniß durch die freie Gewerkschaft eingereicht wurde. Bei der Verhandlung, wo Kamerad Dupont (Spiefen) als Vertreter fungierte, konnte keine Einigung erzielt werden. Dupont stellte nun den Antrag, die Klage dem Hauptauschuß zu überweisen, dem auch stattgegeben wurde. Bei der Verhandlung des Hauptauschusses am 12. Juni 1930 durch die Vertreter unserer Gewerkschaften mit Direktor Masing konnte auch keine Einigung erzielt werden. So kam es, daß auf Duponts Veranlassung durch beide Gewerkschaften (Bergbauindustriearbeiterverband und Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter) eine Klage am Berggewerbegericht Spruchkammer Neunkirchen eingereicht wurde. Am 18. Dezember 1930 nachmittags 3.45 Uhr fand der Termin statt. Es waren anwesend die Herren des Gerichts, drei Vertreter der Verwaltung, die Sekretäre Schmidt vom Gewerkschaftsverein, Petri vom Verband und zur genauen Aufklärung unser Arbeiterauschuffmann Dupont sowie seitens der Verwaltung der Fahrsteiger.

Vor der Verhandlung wünschten die Herren der Verwaltung von dem Fahrsteiger und dem Arbeiterauschuffmann Aufklärung über die Arbeitsverhältnisse, die ganz große Unterschiede zwischen den Auslagen des Fahrsteigers und des Arbeiterauschuffmannes ergab, wobei aber die Vertreter der Verwaltung die Auslagen des Arbeiterauschuffmannes für die wahren hielten. Als dann der Richter an die Herren der Verwaltung die Frage stellte, wie sie sich zu der Sache stellen würden, erklärten diese, sie seien bereit, die geringste Zulage von 0,70 Fr. zu zahlen. Auch erklärten sie sich bereit, für die Zeit ab 16. November 1929 nachzuzahlen. Bei der Rechnung vom Monat Dezember erhielten an Nachzahlung folgende Kameraden von Heiniß Abt. 16:

Table with names and amounts: Wilhelm Wagner 293,91 Fr., Karl Friße 292,73 Fr., Joh. Bh. Mees 241,84 Fr., Albert Schäfer 219,71 Fr., Peter Eingen 280,76 Fr., Gottfried Eitgen 293,91 Fr., Gustav Wagner 258,51 Fr., Andreas Fuhr 301,26 Fr., Alois Schmelzer 277,18 Fr.

Zusammen 2459,81 Fr.

Auch steht noch eine Nachzahlung von ungefähr 290 bis 300 Fr. den Klägern Otto Großklos und Ed. Geith zu, ferner mehreren Leuten, die zwei, drei und mehr Monate an diesen Arbeiten im Laufe der Klagezeit beschäftigt waren. Die beteiligten Arbeiter sprachen ihren Vertretern besten Dank aus. Sie fordern die Unorganisierten auf, nicht auf politische Spalter zu hören und sich der Gewerkschaft anzuschließen.

Tauschmann gesucht! Der Bergmann Nikolaus Meyer, wohnhaft in Friedrichsthal, Heimer Straße 13, beschäftigt auf Grube Dudweiler, sucht einen Tauschmann von der Grube Altenwalb.

Widerruf. Die Aussage, die ich gegen Rudolf Lang und Adolf Clemens, Abt. 1, Hitzberg, gemacht habe, nehme ich mit Bedauern zurück. Johann Jakob Feld.

Aus dem Ruhrgebiet.

Nachlese aus dem Lohntampf. Arrrevolutionäre Helden!

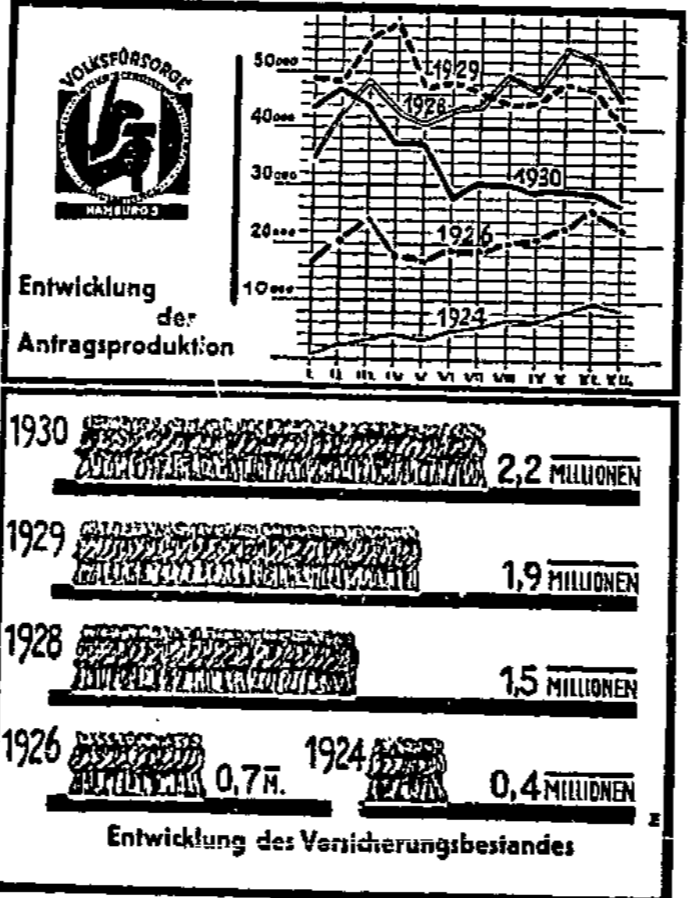
In Lintfort ging es im letzten Lohntampf hoch her. Dort berichtete die kommunistische Presse über das heroische Verhalten der kommunistischen unorganisierten Arbeiter. Das war vor dem Streikputsch. Nach dem Streikputsch laufen die Frauen der „heroischen“ Männer zum Betriebsführer und betteln für ihre Männer um Gnade und Arbeit. In Bettelbriefen an den Betriebsführer geloben diese „Revolutionäre“ Besserung! Die Liste der RGD zur letzten Betriebsratswahl auf Friedrich Heiniß trug die Namen von „revolutionären klassenbewußten“ Arbeitern. Nach dem Putsch sollten an Stelle der Gemäßigten die sich auf der Liste befindlichen Erfahreute aufrücken. Um ihre Unfähigkeit nicht zu zeigen, beeilten sie sich schleunigst, dem „reformistischen“ Obmann mitzuteilen, daß sie unter keinen Umständen das Amt eines Betriebsrats annehmen!

Ein Betriebsratsmitglied der Zeche Hansmann, mit Namen Meyer, Mitglied der RGD und der SPD, hat sämtliche Schichten gearbeitet, seine Frau aber hat auf der Zeche Schwerein schon am ersten Morgen versucht, die Arbeitnehmer von der Arbeit abzuhalten!

Auf der Schachtanlage Schwerin ist ein Mitglied der RGD, Didzonat. Dieser hat selbst am 5. Januar, als die Belegschaft wegen Mangels an Abfah feiern mußte, gearbeitet. Um 7 Uhr abends dagegen hat er den Mutigen gemimt und hat in der von der RGD einberufenen Belegschaftsversammlung zum Streik aufgefordert und für den Streik Propaganda gemacht. Kommentar überflüssig!

Versicherungsbestand der Volksfürsorge.

Das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen konnte als einzige Versicherungsgesellschaft am Ende der Inflation, im November 1923, 350 000 Versicherungen auf Rentenmark umstellen. In unermüdlicher Arbeit gelang es, in den folgenden Jahren — wie aus der Abbildung ersichtlich — den jährlichen Antragszuwachs beachtenswert zu steigern.



Durch den ständigen Neuzugang erhöhte sich der Versicherungsbestand von Jahr zu Jahr. 1926 war der Gesamtbestand auf 733 738 Versicherungen mit 246,7 Millionen Mark Versicherungssumme, 1928 auf 1 471 140 Versicherungen mit 581,6 Millionen Mark Versicherungssumme angewachsen und erreichte Ende 1930 mit 2 200 000 Versicherungen und rund 900 Millionen Mark Versicherungssumme den Höhepunkt. Die Volksfürsorge hofft, auch im neuen Jahre wieder ein gutes Stück vorwärtzu kommen.

